

Bezugspreis* monatlich.
bei der Geschäftsst. 6 700 000
beiden Ausgaben. 7 900 000
durch Zeitungsb. 7 300 000
durch Post. 6 936 000
einschl. Postgebühren
aus Ausland 11 000 000 p. M.
in deutscher Währg. nach Kurs.

* Obige Preise gelten als Grund-
satz. Verlag und Post haben das
Recht, bei weiterer Seidenverwertung
eine Nachforderung zu erheben.

Fernspr. 6105, 6275. Telegr.-Adr.: Tageblatt Posen.

Erscheint
an allen Verlagen.Anzeigenpreis:
1. d. Millimeterzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens 100 000 M.
Reklameteil 250 000 M.

*) Sonderplatz 50% mehr

Millimeterzeile im Anzeigenteil 100 000 M.
Reklameteil 250 000 M.*) Postcheckkonto ist Polen. Nr. 200 283 in Posen.
Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

in deutscher Währung nach Kurs.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

ir Aufträge
aus Deutschland
in den höheren Gewalt. Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die verflossene Woche.

Das Ende des Hitlerprozesses. — Wahlkampf in Deutschland. — Die kommenden französischen Wahlen und das Programm des Herrn Poincaré. — Unerfüllbare Dinge. — Das Hindernis an der Gesundung. — Osten und Westen

Das mit Spannung erwartete Urteil im Münchener Hitlerprozess ist gefällt. Das Volksgericht sprach den General Ludendorff, dem Deutschland in erster Linie verdankt, daß sein Boden von der Jurie des Krieges verschont blieb, frei und verurteilte die übrigen Angeklagten zu mehrjähriger Festungshaft mit Bewährungsfrist, berücksichtigend, daß ihr Vergehen rein vaterländischen Beweggründen entsprungen sei. Wie zu erwarten war, wurde das Urteil in Deutschland von den einzelnen Parteischichten scharf umkämpft. Aber wie die politische Entwicklung, in der Deutschland seit 1918 steht, nicht nur parteimäßig begreift, sondern unter dem Ziel stetiger Neufestigung des durch die Revolution gelockerten Reichsgefüges, darin sich gestehen, daß das Urteil immerhin salomonisch geschickt der Politik Rechnung trug, ohne die Rechtsgrundlage aufzugeben. Hervorgehoben muß werden, daß damit eine tragische Phase innerpolitischen Kampfes in Deutschland vorläufig abgeschlossen wurde. Es zeigte sich, daß die Hitler-Bewegung in ihrer Primitivität heute nicht die Fähigung zu politischer Führung besitzt. Zweifellos werden die Nationalsozialisten bei den kommenden Wahlen starken Zulauf, insbesondere aus den von der Sozialdemokratie enttäuschten Arbeiterschichten und dem Kleinbürgertum, haben; ob sie aber in der Lage sind, die sozialen Hoffnungen ihrer Anhänger besser zu erfüllen, bleibt abzuwarten. Ihr Programm dürfte in dieser Beziehung mehr propagandistischen als realpolitischen Wert haben. Doch die Bedeutung, die sie rein als Bewegung für die nationale Erneuerung hat, sollte nicht unterschätzt werden.

Auch die alten Parteien sind mit vollen Segeln zum Wahlkampf ausgelaufen. Der Umschichtungsprozeß, dem sie alle seit 1914 und mehr noch seit 1918 unterliegen, setzt sich in beschleunigtem Maße fort, und er trifft sie um so härter, je weniger sie sich den veränderten Lebensbedingungen des Volkes anzupassen vermögen. Wie stark die Gegenseitigkeit innerhalb der einzelnen Parteien ist, zeigt sich darin, daß sich nun auch, nachdem die Deutsche Volkspartei voranging, die Zentrumspartei, die bisher reiz äußerlich das Bild größerer Einheitlichkeit bot, gespalten hat. Aber man braucht all diese Parteizwiesigkeiten nicht tragisch zu nehmen. Wenn statthalt werden kann, daß dieser Wahlkampf doch nicht ganz mehr wie vordem das gehässige Herrbild der erblichen deutschen innerpolitischen Zerrüttung offenbart, so mag dieser kleine Fortschritt vielleicht dahin gedeutet werden, daß selbst in den alten Parteien die Erkenntnis an Boden gewinnt, daß es nicht nur auf das Schlechtmachen des innerpolitischen Gegners und die Gewinnung von Wahlstimmen ankommt, sondern auf die Politik nach der Wahl, auf die Möglichkeit, mit den parteipolitischen Gegnern eine Front zu bilden, die, besser als derzeitig entstehende letzte Reichstag, in der Lage ist, eine zumindest zielfähige deutsche Außenpolitik zu unterstützen. Die Schlagworte: Rechts, Links und Mitte besagen gar nichts. Aber wenn der kommende deutsche Reichstag in seiner Mehrheit den Mut aufbringt, Unmögliches und Unerfüllbares endlich einmal klar und eindeutig abzulehnen, wird viel gewonnen und vielleicht auch eine Verständigung mit Frankreich, von der Poincaré (freilich in ganz anderem Sinne) so viel zu sprechen weiß, möglich sein. Dass der Kampf um die Selbständigkeit des Reiches in den kommenden Monaten hart und unerbittlich sein wird, und nicht nur vom deutschen Volke, sondern auch von den deutschen Parteien schwere Opfer verlangt, ist wohl allmählich auch den Parteiverblendeten (abgesehen natürlich von unbefriedbaren Ausnahmen) klar geworden. Der deutsche Parlamentarismus trägt sein Schicksal in eigener Hand.

Poincaré war geschickt genug, die französischen Wahlen eine Woche nach den deutschen anzusehen. Wenn die deutschen Wahlen dann die erwartete sogenannte Rechtschwankung ergeben haben, möchte der französische Ministerpräsident aus der Angst des französischen Rentenreißer-Volkes vor einem ungeduldigeren Deutschland noch für sich und seine Freunde Wahlkapital schlagen. Aber selbst wenn ihm dies demagogische Kunststück misslingen sollte, wird das französische Volk, das von einer läufigen und gewissenlosen Presse systematisch durch immer neue Märchen von der deutschen Revanchelust, von in Deutschland eingemauerten schweren Geschichten und der Erzeugung furchtbarer Einställe, die wie der "Temps" zu berichten weiß, angeblich in Dresden hergestellt würden, belogen und verhegt wird nicht auch trotzdem sich zu Poincarés bekennen? So wird Herr Poincaré die Opposition Herriots, trotz aller Kommentärs, der französischen Linken, nicht ernstlich fürchten. Aufgabe der (wie er sagt) "produktiven" Pfänder: das ist die Parole, die er in den letzten Kammerzüge gab.

Die Vorschläge der Sachverständigen zur Lösung der Reparationen sind immer noch nicht veröffentlicht. Mit Genugtuung erklärt der "Main", daß das Urteil der Sachverständigen ein "Sieg der französischen Theorie" sei. Die neuesten Meldungen aus England berichten, daß

das doch nicht so unbedingt der Fall zu sein braucht. Immerhin befinden sich auch unter diesen Meldungen Bedingungen genug, die von Deutschland Unerfüllbares verlangen. So soll Deutschland nach Ablauf eines vierjährigen Moratoriums, während dessen sowohl die Kohlenlieferungen, wie auch die ganz unmöglichen Kosten für die Besatzungsstruppen weiter geleistet werden müssen, jährlich 2½ Milliarden Goldmark an Reparationen zahlen. Was das bedeutet, möge folgender Vergleich zeigen: Die Gesamtheit der Siegerstaaten (außer England) schuldet Amerika 42 Milliarden Goldmark. Internationale Sachverständige haben festgestellt, daß diese Schuld nicht auf normalem Wege verzinst und bezahlt werden kann. Auf welche Weise soll Deutschland, dessen gesamtes Nationalvermögen heute vielleicht noch 120—130 Millionen Goldmark beträgt, Zahlungen leisten, deren Bruchteil jene Gesamtheit zu leisten nicht in der Lage ist? Werden die Sachverständigen auch diese Frage beantworten?

Und wird Poincaré sich überhaupt dem Urteil der Sachverständigen fügen, wo es gegen keine wirtschaftliche Gewaltpolitik an Rhein und Ruhr lautet? Es ist aller Welt klar, daß die der deutschen Wirtschaft erpreßten Micum-

verträge unhalbar sind. In der Räume aber erklärte der Baudirektor Poincaré, Le Troquer, daß Frankreich mit allen Mitteln die Erneuerung der Micumverträge erwingen und die Ablehnung als "passiven Widerstand" aussäßen würde! Die Gesundung Europas? Sie liegt dank Frankreich in weiter Ferne.

Aber wie die "Friedensverträge" im Westen keine Lösung brachten, so häufen sich auch im Osten die politischen Schwierigkeiten. Der litauisch-polnische Gegensatz in der Memelfrage wurde durch den Einspruch Frankreichs gegen das Memelstatut verschärft. Gegen Polen richtet sich die Erweiterung der weiß-russischen Sowjetrepublik bis Smolensk. Und die rumänisch-russischen Verhandlungen über Besarabien wurden abgebrochen, weil sich Rumänien mit der von Russland vorgeschlagenen Befragung der besetzten Bevölkerung einer praktischen Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts nicht einverstanden erklärte, an der auch die Deutschen in Besarabien als der dritten dort lebenden, von Rumänen ang unterdrückten Nationalität, besonderes Interesse hätten. In West und Ost drücken die Ketten von Versailles und der anderen "Friedensnamen".

Kampfauslagen an die Regierung.

Unzufriedenheit mit dem Außenminister. — Skirmunt hat nichts versprochen. — Allenstein und kein Ende. — Razzienmusik über alles. — Die Sejmfraktionen und das Budgetprovisorium. — Eine Niederschrift. — Wiemel, Besarabien, Pilzudski. — Das russische Gespenst.

(Warschauer Sonderbericht des "Pos. Tageblatt")

Warschau, 7. April. Die Linke hat den Kampf gegen das Außenministerium in der Presse begonnen. Zu gleicher Zeit sind es "Kurier Warszawski" und "Kurier Polski", die den Streit zu eröffnen. Selbstverständlich geschieht das mit der in Polen unerlässlichen Parteidienstes. Man verklagt sich vor allem darüber, und nicht mit Unrecht, daß unter dem heutigen Regime, wie das auch unter der Regierung Witos geschah, alle Beamten der Linken nach und nach entlassen und durch politisch genehmigte Beamte ersetzt werden. Der "Kurier Polski" schreibt, daß seit dem 1. März, wieder einige hundert Beamte ausgeschaltet wurden und dafür solche angestellt wurden, die in die Richtung passen. Bisher parteiischen Unzufriedenheiten kommt dann noch das Nessoniment, daß nicht nur die Linke, sondern das ganz allgemein in allen Parteien über den politischen Wechsel in der Memelfrage herrscht und die unbehagliche Stimmung, die Russland mit seinen aufrüttenden Noten und dadurch hervorruft, daß es offenbar auch die treibende Kraft bei der herausfordernden Hartung Litauens ist. Nun ist es nicht auszulegen, daß manches an den politischen Mißfolgen zu vermeiden wäre, wenn die Linie der Politik des Außenministers eine gleichberechtigte und nichts falsche von Sprüngen unterbrechen gewesen wäre. Was hat man nicht innerhalb eines Jahres erlebt! Wir sahen die antislawische Doktrin des Herrn Skrzynski geradewegs in das Gegenteil umgedreht von seinem Nachfolger Sejda, und dann wieder das gleiche Ausgehen des von Sejda angekündigten mittel-europäischen Blocks mit das Auftreten von der kleinen Enterturburg den überlegeneren Domostwi. In die Schadens-Zeit fallen alle die Niederlagen vor dem Bölkow und dem Haager Tribunal in der Frage der Behandlung der deutschen Mindestrechte. Und diese Niederlagen wären zu vermeiden gewesen, wenn man sich vorher davon Menschenrecht gegeben hätte, was hier vollerrechtlich zulässig gewesen ist und was nicht. Aber gleich noch seinem Amtsantritt hat Herr Sejda den besten und fast einzigen durchaus erfahrene Völkerrechtler entfernt, den Polen kennt, den Ministerialdirektor Petraszkis! Niemand konnte ihn erreichen, und die Folgen haben sich deutlich genug gezeigt. Nun kommt die Zeit, in der man mehr, wie je zuvor sein Augenmerk auf Russland gerichtet halten muß, und die Regierung des Herrn Witos trug Sorge, daß einer der klügsten und besten Beurteiler der Ostfragen, Lukafiewicz, außer Kurs gesetzt wurde. Das sind nun allerdings recht bedenkliche Dinge. Wir denken nicht davon, alle Klagen der Linken über das Außenministerium ohne weiteres als berechtigt anzuerkennen. So verstehten wir es z. B. Pressetribunal des Außenamtes zu Felde zieht. Herr Nathanson, den wir als klugen und ehrlichen Herrn kennen gelernt haben. Allerdings ist es ein ungültiger Zustand, wenn dieses Amt heute sozusagen von drei Herrn besetzt ist, von denen der eine sich auf Krakau befindet (Votov), während der andere (Morawski) überhaupt noch nicht sichtbar geworden ist. Von großem Schaden ist es auch, wenn in den Ämtern überhaupt unnötiger Wechsel vorgenommen wird, und dieser Vorwurf scheint doch gegen den Verwaltungsdienst Bielinski nicht mit Unrecht erhoben zu werden, der in seiner Eigenschaft als Personaldezernent eine fatal parteipolitische Rolle spielt. Das Außenministerium muß am allerersten eine gerade Linie seiner Politik etablieren, die unter keinen Umständen von den Parteidienstungen abhängt. Wird diese Linie aber immer wieder getroffen, so tritt sie die jeweilige Gegenpartei allein den Schaden, sondern das ganze Volk.

Eine wichtige Sitzung der Außenkommission.

Zwei wichtige Anfragen — die eine für uns Deutsche von Wichtigkeit — beschäftigen heute die Außenkommission. Domherr Klemm von der deutschen Gruppe erläuterte: Skirmunt hat in Genua versprochen, daß keine deutschen Artikel mehr entstehen würden, solange die Angelegenheit nicht geklärt und entschieden sei. Trotzdem aber würden fortwährend Anfrager eintreffen. Der Minister Bielinski gab hierauf eine Erklärung, die Bewunderung erwecken muß. Er sagte, daß hier eine Verwechslung vorkomme. Skirmunt habe nicht versprochen. Wohl aber sei Herrn v. Stochowski, der in Warschau die Unterhandlungen über die Optionen führte, eine Zusage in diesem Sinne gemacht worden. Wie gezeigt, eine erstaunliche Feststellung des Ministers, die in Widerspruch mit allen Plänen und Erklärungen über die Konsultationen steht, die in Genua stattgefunden haben. Und diese Erklärung ist nötig, damit endlich die törichten Kundgebungen unreifer junger

Menschen, wie sie in Posen und in Warschau gejährt sind, aufzuholen, daß in Warschau die polnischen Scharen, nachdem sie die Polizei mit denkenswerter Energie von dem Versuche, vor das deutsche Gesandtschaftsgebäude zu ziehen, abgehalten hat, noch in der gleichen Nacht — der Leere Palast — mit einer Razzienmusik ihre Unzufriedenheit ausdrücken, trotzdem sie doch wußten, daß gegen Mitternacht die Botschaft bereits seit 6 Stunden verlassen sind. Herr Bielinski stellte sich im übrigen aber schlimmer hin, wie er in der Tat ist. Er sagte, er habe dem deutschen Gesandten nicht sein Bedauern über die Warschauer und Posener Kundgebungen ausgedrückt. Je mehr! Wie man es nehmen will! Herr Bielinski hat sich in der vorletzten Woche dafür eingesetzt, daß er unter allen Umständen eine Wiederholung solcher Vorfälle verhindern werde. Er hat dabei, wie er das als höflicher Mann wohl auch nicht anders konnte, es sicher nicht an Worten des Bedauerns fehlen lassen. Warum also sich hartherziger machen, wie man das in der Tat ist? Dann teilt noch Bielinski mit, daß Deutschland sich verpflichtet, nur lästige Ausländer aus Deutschland auszuweisen, solange die Unterhandlungen in Wien zwischen Deutschland und Polen unter Beihilfe Russlands noch dauerten. Die polnische Regierung hat Gegenseitigkeit verstanden.

Soweit die deutschen Angelegenheiten. Dann kam der von Dabrowski aufgeworfene Fragenkomplex über Memel und die Lage gegenüber Russland und Litauen. In der Memelfrage, die Dabrowski als verloren für Polen hält, gab Bielinski keine neuen Gesichtspunkte. Interessanter war schon die Wirkung der Frage, was die Regierung über die russisch-rumänischen Beziehungen wisse, besonders über ihr letztes Stadien, seit dem Abbruch der Verhandlungen. Die Antwort Bielinskis auf diese Frage, die die litauischen Interessen Polens berührte, war nicht sehr befriedigend. Der Minister konnte keine Antwort geben! Nun ist es ja immerhin möglich, daß die Regierung in diesen Lebensfragen für Polen dennoch auf der Höhe der Geschehnisse gehalten wird. Aber man hat schon zu manches erlebt und nicht nur in Polen, und so würden wir nicht im geringsten überrascht sein, wenn wieder einmal eine Regierung — und zwar hier die polnische — sich von den Ereignissen überreden ließe. Ein Fingerzeig dafür aber, daß die polnische Regierung wohl weiß, wer in der litauischen Sache hinter den Kulissen die Fäden lenkt, nämlich Russland, ist die Erklärung Bielinskis, daß Polen die wirklich mittan im Grauen des Winters in brutalster Weise vorgenommene Ausreibung von 200 litauischen Familien aus Litauen — keine Vergeltungsmäßigen Regel zu nehmen gedachte! Wie sanft und vorsichtig weiß sich doch hier die polnische Politik zu gebärden. Man stellt sich vor, alles das, was die Litauer schon den Polen angehören haben, sei von deutscher Seite aus geschrieben. Wir brauchen die Folgen nicht auszumalen. Aber Litauen gegenüber, dem kleinen Litauen, das Polen mit seiner Macht zu decken könnte! Ja, wenn die drohenden Russen nicht wären.

Sejmssitzung vom 7. April.

In zweiter und dritter Lesung wurde das Gesetz angenommen, das für die Familien der zu militärischen Übungen eingezogenen Unterstüzung vorsieht, die ihnen ein Gründungsmittel gewähren. Dann aber kam der bei weitem wichtigste Teil der Besprechung des Budgetprovisoriums. Keine der Parteien, mit Ausnahme der Ukrainer und der Weißrussen, stimmte gegen das Budget, wenn sie auch mit ihren Kritiken nicht hinter dem Berge hielten. Die Deutschen und die Juden enthielten sich lediglich der Stimme bei der Abstimmung, und nur die Ukrainer und die Weißrussen stimmten dagegen. Diesen schlossen sich die Sozialisten der deutschen Fraktion an (es waren Berbe und Wanck anwesend). Die Debatte wurde mit einer Rede des Nationaldemokraten Bielowski eröffnet, der in der Kommission zunächst den Minister angegriffen hatte, weil er für Ausgaben und Einnahmen eine verschiedene Rechnungseinheit — hier Gros und dort Schweizer Frank — anwandte, was bekanntlich der Minister für das Staatsbudget zu andern vertragte, worauf der Widerstand Bielowski und seiner Partei fiel. Er sagte, es sei unverkennbar, daß man sich auf dem Wege der Sanierung befindet. Die Kreditquoten, die für das erste Viertel gewährt wurden, sind um ein Viertel erhöht worden. Die erste Gesetzesvorlage sieht eine Ausgabe von 685 064 Gros für die Staatskontrolle, 82 012 für den Ministerrat, 68 406 für das Außenministerium, 157 045 881 für das Kriegsministerium, 5 100 000 für das Inneministerium, 12 342 520 für das Finanzministerium, 74 470 000 für das Kultusministerium, 281 794 für Post und Telegraph und 800 000 für das Arbeitslosengesetz vor.

Das zweite Provisorium gibt dem Finanzminister die Vollmacht, die Einnahmen aus der Valuta- und Finanzreform zu ver-

wend. Die Hauptpositionen des Budgets von 1924 sind: 35 000 000 złoty als Erhöhung der Bodensteuern, 45 000 000 als Erhöhung der Industrieabgabe und 29 000 000 als Erhöhung der Einkommensteuer. Die Budgetkommission bestimmt, daß man nach Goldfrank rechnen werde. Hierdurch werden die Kredite um 15 Millionen Goldfrank vermindert. Die Regierung hat sich damit einverstanden erklärt. Nun hießt es:

Dabki eine scharfe Rede gegen die Regierung.

Er sagte, die Rechte habe völlig ihre Hand auf die innere wie auch auf die äußere Politik gelegt. Eine Unzahl von wichtigen Angelegenheiten auf internationalem Gebiet seien von der Regierung verhindert worden. In der Kommission habe der Minister auf eine Anzahl der wichtigen Fragen nicht geantwortet. So spielt sich jetzt die Verhandlung über den wichtigen Garantievertrag zwischen Frankreich und England ab, in den Polen ebenfalls einbezogen ist, und ich habe darüber nichts vom Minister erfahren können. Ich frage über die Entwicklung der Lage zwischen Rumänien und Russland, woran wir ebenfalls als Verbündete Rumäniens interessiert sind. Keine Antwort. Wir haben nur gehört, daß die Memelangelegenheit endgültig verspielt ist. Die Note, die die Regierung in der Memelfrage verfaßt hat, ist für uns von großem Schaden. Sie stellt die Memelfrage nicht in den Vordergrund, sondern ganz zwecklos die litauische Angelegenheit. Der Minister reagiert nicht auf die litauischen Gewalttaten. Von Janowzyna will ich gar nicht reden. Mit Vergnügen würden wir in der Zeitung lesen, daß Herr Samohowski seine Demission gegeben hat. (Starker Beifall links.) Die Regierung sieht zwecklos alle Schäden, aber sie duldet sie, weil Samohowski von der Rechten gehalten wird. Unsere Politik in den Ostprovinzen ist ohne Programm, und sie verschmäht ein Programm, weil sie sich vor der nationalistischen Rechten fürchtet. Beständig haben wir im Osten mit Verwaltungsmethoden zu tun. Wenn die Regierung hier nicht sofort Befreiung schafft, so droht uns dort eine große Gefahr.

Der Zustand unserer Armees im Augenblick wichtiger Ereignisse auf internationalem Gebiet ist sowohl in materieller wie in psychischer Hinsicht unbefriedigend. Der einzige, der die Armee konzentriert hätte, wäre Piłsudski. Die Regierung steht unter dem Terror der Rechten. Wir werden trotzdem für das Budget stimmen, um die Sanierung nicht aufzuhalten.

Darauf spricht der Sozialist Morawiecki, der ebenfalls die Außenpolitik der Regierung scharf rügt. Die Stellung der Regierung gegenüber den Arbeitern sei unbefriedigend. Die Tätigkeit der Regierung sei schlecht und tadelnswert, aber mit aufeinander gebissenen Zähnen nehme seine Partei das Provisorium an.

Der Weizsäcker Rogula sagte, daß die Regierung lediglich eine Kolonialisierungs- und Polonisierungspolitik führe, und daß statt Schulen in der nationalen Sprache die Weizsäcker-Polizisten mit aufgepflanzten Bajonetten vor ihre Türen erhalten haben, die von ihnen 400 000 Mark täglich Strafe fordern, weil sie ihre Kinder nicht in die polnischen Schulen schicken wollen. Er stimmt gegen das Provisorium.

Grünbaum (Jüdische Fraktion) stimmt nicht für das Provisorium, das vor allem Handel und Industrie belastet, also die Juden. Dennoch müsse man zugeben, daß Grabski den bestehenden Schwierigkeiten und Ungerechtigkeiten gegen die Juden keine neuen hinzugefügt habe. Auch die Ukrainer stimmen gegen das Budget.

Ulla (Deutsche Fraktion): Grabski habe große Verdienste um die Sanierung, aber es bleibe doch noch großes Chaos. Hauptfachlich die ungerechte Verteilung der Steuerlasten. In der inneren Politik herrsche gegen die Deutschen weiter der Chauvinismus. Die Regierung der Frage der Minderheitsschulen ist noch nicht begonnen, und dem Sejm ist auch noch kein Gesetz über die evangelische Kirche vorgelegt worden. Die Deutschen haben also bisher noch keine Ursache, ihre Sitzung zur Regierung Grabski zu ändern, und werden daher auch an der Abstimmung nicht teilnehmen.

Das Gesetz über das Budgetprovisorium wurde en bloc in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Vom Sejm.

Die Tagesordnung der Sitzung des Sejm wurde durch den Gesetzeswurf über die Ernennung der Regierung zur Sicherung und Bewahrung der bei der französischen Regierung aufgenommenen Anleihen ergänzt. Der Entwurf wurde in erster Lesung an den Haushatausschuss verwiesen.

Bei der ersten Lesung der Novelle zum Jagdgesetz beantragte der Abg. Sanajewski von der Lwówgruppen die Ablehnung dieser Novelle und begründete dies damit, daß die Jagd nicht nur ein Spiel sei, sondern auch eine Einnahmequelle und der Schutz vor Schäden, die das Wild anrichtet. Die Regierung müsse deshalb einen neuen Gesetzentwurf einbringen. Der Antrag wurde abgelehnt und das Gesetz in erster Lesung an den Landwirtschaftsausschuss verwiesen.

Nach Überprüfung weiterer Vorlagen referierte Abg. Bazzukski vom Nationalen Volksverband das Gesetz über die Pflichten und Rechte der Offiziere der Kriegsmarine. Der Regierungsentwurf spricht von einem Seefliegerkorps und einem Korps technischer Offiziere. Der Heeresauschuß fasste sie in ein Corps zusammen, da der aktive Seefliegerstand nicht zahlreich sei und für eine bestimmte Zeit nicht sein werde. Es müßten also diesen Offizieren die Beförderungschancen vergrößert werden. Außerdem müsse man, im Besitz von Seegeschäftscheinheiten, namentlich Unterseebooten und Torpedobooten, besondere Sorge tragen für das technische Element und den technischen Offizieren zu leitenden Stellungen zu gelangen, ermöglichen. In der Abstimmung wurde das Gesetz in zweiter und dritter Lesung mit stilistischen Verbesserungen des Abg. Polakiewicza angenommen.

Darauf schreibt man zur Dringlichkeit des Antrages einiger Parteien über die Drohung der Störung des Friedens in Ostpolen durch Litauen und über die Verfolgung der polnischen Bevölkerung in Litauen.

Abg. Dabki von der Piastenpartei erklärt, daß die Nachsicht, mit der die polnische Regierung und das polnische Volk seit einer Reihe von Jahren die feindliche Haltung Litauens traktiert, nur durch das Beitreten erklärt werden könne, den Frieden zu erhalten. Das herausfordernde Verhalten Litauens beginnt erschütternde Formen anzunehmen. Weitere Nachsicht wäre strafliche Unzäglichkeit. Litauen erstrebt die Ausrottung des polnischen Elements in Litauen, es erklärt den Kriegszustand mit Polen und trifft tatsächlich kriegerische Vorbereitungen. Litauen blockiert Polen seit drei Jahren. Natürlich erwacht eine Massenaktion mit einem kleinen Staat von 2½ Millionen Einwohnern nicht unsere Befürchtungen, aber es handelt sich darum, daß Litauen das Terrain verschiedener politischer Einflüsse ist, besonders von deutschen und russischen. Es ist das Recht und die Pflicht Polens, die Meinung der Welt und des Völkerbundes auf diese Drohung der Friedenserhaltung hinzuweisen und auf die Rechte der polnischen Minderheit in Litauen zu pochen. Es ist nicht bekannt, ob der apostolische Stuhl davon weiß, daß der sonnige litauische Clerus die letzten Ausdrückungen in den Kirchen polnischer Gläubigen billigt. Es ist höchste Zeit, daß Polen die internationalen Faktoren darauf hinweist.

Der Antrag der Mehrheit der Parteien verlangt, daß die Regierung alle Mittel anwendet, um die ständigen Angriffshinteren der polnisch-litauischen Grenze zu beseitigen und der polnischen Bevölkerung in Litauen wieder zu dem Rechte auf ein freies Leben zu verhelfen. Insbesondere soll die Regierung diese Angelegenheit im Völkerbund vorbringen.

Die Dringlichkeit wurde angenommen. Abg. Maliszewski von der Piastenpartei begründete darauf die Dringlichkeit eines Antrages über die Auslandsarbeitslizenzen für Arbeiter jeglicher Kategorien, die sich in der Suche nach Arbeit ins Ausland begeben. Der Antrag wurde angenommen.

Nächste Sitzung am Donnerstag, 4 Uhr nachmittags.

Erklärung.

Herr Alfred Boale teilt uns heute mit, daß die gegen ihn gerichteten Angriffe und Verleumdungen vor Gericht die nähere Aufklärung finden werden.

Da wir bezeichnenderweise von den „P. N. N.“ keine sachliche Klärung erhalten haben und sehen, daß die reine Tatsachenzählung ins persönliche Gebiet gezogen wird, sehen wir keinen Grund, auf diese „Diskussion“ näher einzugehen.

Die deutsche Minderheit und Herr Grabski.

Die Rede, die der Abg. Ulla im Sejm gehalten hat, als das Budgetprovisorium beraten und dann en bloc beschlossen worden ist, hat folgenden Wortlaut:

„Hohes Haus! Die Regierung des Herrn Grabski hat gewisse Verdienste, die jeder Bürger Polens anerkennen muß, nämlich auf dem Gebiete der Sanierung der wirtschaftlichen Verhältnisse und Schaffung einer Grundlage für eine neue wertbeständige Währung. Aber auch in dieser Tätigkeit herrscht, wie es meine Vorfahren schon hervorgehoben haben, eine grobe Plakatlosigkeit. Vor allen Dingen muß die ungeweckte Verteilung der Steuerlasten unter die einzelnen Wirtschaftsschichten unterscheiden werden. Wir schätzen die wirtschaftlichen Verdienste der Regierung Grabskis entsprechend ein, müssen aber gleichzeitig erklären, daß außer der Sanierungsarbeit die ganze Tätigkeit der gegenwärtigen Regierung uns in keiner Hinsicht befriedigt kann. Auf dem Gebiete der inneren Politik werden weiter die von den früheren Regierungen und in erster Linie von der Chjeno-Witos-Regierung eingeführten Methoden der Unterdrückung und des Chauvinismus weiter praktiziert. Die meisten Vorwürfe haben wir in dieser Hinsicht gegen das Ministerium für Kultur und Unterricht zu erheben. Dieses Ministerium befindet sehr wenig Arbeitslust und hat immer noch bis jetzt nichts unternommen, um das Schulwesen der Minderheiten geschickt zu regeln und der Unterstützung und Vernichtung der Schulen mit derselber Unterrichtssprache Einhalt zu geben.“

Es ist bereits zuerst verlossen, als dem Ministerium ein von der Synode der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Polen ausgearbeiteter Gesetzentwurf über das Verhältnis dieser Kirche zum Staat vorgelegt wurde. Das Ministerium hat auch hier nichts unternommen, um diesen Ehrenrf Gesetz werden zu lassen und auf diese Weise der genannten Kirche ihre inneren Verhältnisse nach den Bestimmungen der Konstitution zu richten, die Möglichkeit zu geben.

Auf dem Gebiete der Kirche... hat die Regierung nichts getan, um die gut nachlauffenden Verhältnisse mit den angrenzenden Staaten herzustellen. Im Gegenteil, die ganze Tätigkeit der Regierung hat dazu beigetragen, daß sich diese Verhältnisse bedeutend verschlechtert haben. (Eine Stimme von der Rechten: „Und Allenstein?“) Darüber hat Ihnen der Vertreter der Regierung in der Kommission für auswärtige Angelegenheiten Aufschluß gegeben. Wenn Sie das nicht befriedigt, so können Sie nochmals interpellieren. Ihre Bemerkung hört nicht hierher.

Die ganze Tätigkeit der Regierung hat uns leider bis jetzt die Möglichkeit gegeben, unsere Stellungnahme zu verteidigen in wohlwollendem Sinne zu ändern. Wir sind gezwungen, bei unserer bisherigen Stellungnahme der Regierung gegenüber zu verharren und werden an der Abstimmung über das durch die Regierung vorgelegte Budgetprovisorium nicht teilnehmen.“

Stimme in der Wüste.

„— kein Hemd auf dem Leibe . . .“

Im „Piast“ schreibt ein Landwirt Skiba einen Artikel, der als Charakteristik für Polen gelten soll. Wir bringen diesen Artikel als ein bemerkenswertes Zeichen, das sonst übersehen zu werden pflegt. Gewöhnlich hören wir aus der Presse eine andere Stimme, als sie uns hier entgegenklingt. Wird sie ungehört verhallen? Wir sind es gewohnt, daß bei uns solche Stimmen nicht beachtet werden!

„Du liebst es, Sejm, vom Westen Europas, von der europäischen Kultur, von der Angleichung an die dortigen demokratischen Organisationen zu sprechen, und du tu'st alles, was du tun kannst, um alles, das bei uns einzuführen, was dort gleich einer schönen Blume in allmäßlicher Entwicklung und in langjähriger Arbeit der Generationen erblüht ist. Du dennst daran, daß der Gebirgler der Tatra der Krankenkasse angehöre, gründest und unterhält Universitäten, in denen europäisches Wissen von Professoren verbreitet wird, die in Krakau, Lemberg und Warschau nicht einmal zu Assistenten gemacht wurden —, um dich Frankreich und England anzugeleichen. Du gehst sogar noch weiter; du gründest in Warschau dramatische, sanganische und andere Hochschulen, um dich nicht nur anzulehnen, sondern sogar um andere zu übertriften. Alles dies geschieht nach dem Grundsatz: „kleider machen Leute“.

Und doch hat dieser Weise fortgesetzt kein Vertrauen zu uns, er betrachtet dies als Zug, salzigen Schein, Spiegelglocke. Denn der Gebirgler, dem du, haber Sejm, die Krankenkasse hiest, hat keine ganze Hose anzuziehen; denn die Männer des polnischen Volkes, von deren Lage und Entwicklung die dramatischen Hochschulen und die Warschauer Oper die Blüte herstellen sollen, haben in diesem Augenblick kein Hemd auf dem Leibe, und in hundertausend teilweise von der Überschwemmungslataktrophe betroffenen Gemeinden hat man nichts zu essen!

Die Leute dort im Westen, verstecken sich auf Zug und Schein. Sie wissen, daß dort, wo ein arbeitsamer, fleißiger Mensch vor Hunger seufzt, keine Kultur ist, und wenn gleich noch mehrere neue Hochschulen gegründet würden. Im Westen würden sie zunächst einmal die fröhliche der menschlichen Arbeit sichern und dann erst würden sie sich mit „repräsentativen“ Produktionen des Balletts der Warschauer Oper beschäftigen.

Hohes Sejm! Du hast mit großer Genugtuung fast alles an der schönen Blume, doch vergiß du von der Wurzel.

Sichere du doch dem Bauern seine Arbeitsstätte, bewahre ihn vor der unverschuldeten Katastrophen, vor Not, Krankheit und Hunger, dann wird er nicht über Steuern klagen, er wird der beste und sicherste Zahler sein.

Regulierung der Flüsse und Quellen, Sicherstellung der Arbeit und Habe der Menschen darf nicht nur eine Lüge sein — denn das ist billig —, sondern es muß ein Programm der aktiven Arbeit der nächsten Zeit werden. Arbeitskräfte sind genügend vorhanden — es gibt 120 000 Arbeitslose. Die Mittel hierfür müssen sich finden!

Die polnischen Bauern, die in den Ruinen ihrer Wirtschaften hausen und auf ihre vernichtete Arbeit, Mühe und ihren unnütz vergossenen Schweiß blicken, warten auf deine Tat und erwarten sie — hohes Sejm!“

Wir wollen keinen Krieg!

Grundlose Kriegsgerüchte!

Unter dem Titel „Frühlingskriegsgerüchte“ veröffentlicht die „Polska Zwójna“ einen ruhigen und sachlichen Artikel, der sich mit dem tendenziösen Sowjetcommuniqué befaßt, das bekanntlich nach dem Abbruch der russisch-rumänischen Verhandlungen in Wien in der russischen Presse veröffentlicht wurde. Die Veröffentlichung der Sowjetis erhielt eine Anzahl von Berichten in zwei Tatsachen, und zwar in der Ankündigung des Generals Florescu in Warschau sowie in der un längst seitens des Generals Silirowski vollzogenen Inspektion der Ostmarken. Die Reise des Generals Florescu nach Warschau war bereits lange vor der Festsetzung des endgültigen Zeitpunktes für die russisch-rumänische Konferenz beschlossen worden und steht mit ihr in keinerlei Zusammenhang. Die Reise des Ministers Silirowski nach den Ostmarken verfolgte den Zweck der Inspektion der Ostmarken. Ein Antrag auf eine Fortsetzung der Grenzabteilungen erfährt keine Anerkennung und wird in keiner Weise verheimlicht. Polen nimmt lediglich eine defensive Haltung ein. Im Augenblick des Erscheintens des Sowjetcommuniques ging der Jahrgang 1902 in die Reserve. Das Verhältnis Polens zu Russland und Deutschland legte der Außenminister in seinem letzten Gespräch vor. Ein analoger Standpunkt in rein militärischer Beziehung sprach auch Minister Silirowski auf einer Versammlung der Luftverteidigung des Staates aus, indem er erklärte: „Wir haben nicht die Absicht, den mit so viel Mühe hergestellten europäischen Frieden zu stören, auch haben wir nicht die Absicht, die Gesellschaft durch eine künstliche Kriegspropaganda aufzustacheln.“ Es sind also — fügt das offizielle Blatt fort — von unserer Seite keinerlei Ursachen zur Unruhebildung vorhanden, ungeachtet aller militärischen Bewegungen auf russischer Seite.

Republik Polen.

Die Verhandlungen Russland-Polen.

In der Montagssitzung des politischen Komites des Ministerrates machte Außenminister Janowsky eine Anfrage über die Wiederaufnahme der Unterhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Polen und Sowjetrussland.

Ein Antrag gegen das Außenministerium.

In der heutigen Sitzung des Sejm bringt der Abg. Dabki eine Interpellation ein über die abnormalen Verhältnisse, die nach Ansicht der Unterpräsidenten im Außenministerium herrschen sollen.

Die Bank Polki.

Nach den letzten Berechnungen sind durch Privatpersonen 92% der Aktien der „Bank Polki“ gedeckt worden, so daß 8% zum Kauf für die Regierung bleiben.

Amerikanische Anleihe für Polen?

Über Informationen, die der Washingtoner Presse zugegangen sein sollen, wird Polen im Sommer dieses Jahres eine Anleihe in Höhe von 800 Millionen Dollar erhalten. Diese Anleihe soll den Zweck der Emissionsbank dienstbar gemacht werden. Sobald die Regierung Polens in Höhe von 150 Millionen Dollar vereilt ist, wird diese Anleihe Wirklichkeit sein. (Die Wirkung muß sehr vorsichtig ausgekommen werden, denn wir wurden bereits hier mit solchen Anleihemeldungen in Erstaunen gesetzt, die dann nachher nicht in Erfüllung gegangen sind.)

Dämmerung?

Aus Warschau wird gemeldet, daß im Sejm das Gericht veroreitet sei, daß die Republikaner einige gegen ihren vorigen Beschlüssen übereingekommen und bei den Debatten über den Entwurf des Kriegsministers, General Silirowski, zu einem Gesetz über die Zusammensetzung der Oberen Militärbehörden keine Obstruktion zu treiben. Man soll sich sogar darum zu rütteln gegenseitig haben, daß Marshall Piłsudski zum Generalinspektor der Armee ernannt wurde, wie ja der Plan Silirowski nach den Meldungen der Presse vorgegeben ist.

Elbjumorversuch.

Aus Thorn wird berichtet, daß der dort weilende ukrainische Attentäter Feodor Mačko nach das Leben zu nehmen versuchte, indem er sich mit einem Messer messer die Kleide durchschneiden wollte. Einzelheiten seien.

Kommunistenprozesse.

In der letzten Zeit haben zwei große Kommunistenprozesse eine große Rolle gespielt, von denen der eine in Warschau und der andere in Katowice verhandelt werden ist. Der Warschauer Prozeß ging am Sonnabend nachmittag um 5 Uhr zu Ende und schloß mit der Verurteilung von 31 Mitgliedern der kommunistischen Jugendorganisation. Verurteilt wurden 13 Angeklagte zu schwerer Hererstrafe, davon einer zu 6, zwei zu 5, zwei zu 4 und zwei zu 3 Jahren. Die übrigen Strafen gingen bis zu 1½ Jahren. Als das Urteil bekannt gegeben worden war, erhoben sich die Verurteilten von den Sitzen und sangen die „Internationale“.

*

In Katowice war der Prozeß gegen 52 Mitglieder angestrengt worden. Der Prozeß dauerte mehrere Tage. Das Urteil ist nunmehr gesprochen worden. Insgesamt waren vom Staatsanwalt 180 Jahre Festung beantragt worden. Das Gericht mußte sich jedoch auf den Standpunkt stellen, daß das Material, welches der Anklage zugrunde lag und von der politischen Polizei erbracht worden war, nicht stichhaltig sei. Es wurden im ganzen Falle insgesamt fünf Jahren und zwei Monaten Festung verurteilt. Die Urteile wurden freigesprochen.

Der deutsche Reichskanzler

über die Kriegsgefangenen.

Das folgende entnehmen wir einer Meldung des „B. T.“. Der deutsche Reichskanzler Marx bezeichnet die Behandlung der Kriegsgefangenen durch Frankreich als eine Schmach und äußerte sich dann etwa:

Unsere bestimzte Erwartung, daß die erste und selbstverständliche Folge der Einstellung des Kriegskampfes die Freilassung der politischen Gefangenen sein würde, ist bisher leider nicht erfüllt worden, obgleich jetzt nahezu 8 Monate seit der Beendigung des Passiven Widerstandes verflossen sind. Alle Bemühungen der deutschen Regierung, eine allgemeine Amnestie für diese Gefangenen herbeizuführen, sind bisher an der ablenkenden Haltung Frankreichs gescheitert. Noch jetzt befinden sich etwa 1500 durch alliierte Kriegsgerichte verurteilte Deutsche in Gefangenschaft.

Nach den mir vorliegenden Nachrichten gewinnt es fast den Anschein, als ob sich die französische Regierung zur Freilassung der Gefangenen erst nach der Lösung der Reparationsfrage entschließen will. Es widerstrebt mir einzusehen noch, daran zu glauben, daß die französische Regierung wirklich die Absicht haben sollte, die verzweifelte Lage der Gefangenen auszunutzen, um einen Druck auf die deutsche Regierung auszuüben. Es ist allerdings Tatsache, daß die französischen Besatzungsbehörden in verschiedenen Fällen ganz offen dazu übergegangen sind, die Festnahme von Personen als Druckmittel zu verwenden.

zu liegen wäre, nicht eingehen. Eins muß ich aber betonen: Das ganze deutsche Volk ist durch diese schmachvolle Behandlung unsere Landsleute im tiefsten Innern verletzt. Alle diejenigen, die ernstlich eine Völkerversöhnung anstreben, sollten sich darüber klar sein, was es für unser Empfinden bedeutet, daß Frankreich eine große Zahl von Deutschen in qualvoller Gefangenschaft hält, denen nichts anderes zur Last fällt, als daß sie ihrem Vaterlande während des Krieges die Treue gehalten haben.

Wenn man im Ausland kritik daran läuft zu müssen glaubt, daß in Deutschland die Strömungen an Kraft gewinnen, die auf eine Wahrung der deutschen Rechte mit den Mitteln des Gewalt und Verhindrung, so sollte man dabei doch nicht vergessen, daß es undenkbar ist, solche Strömungen in die richtigen Bahnen zu lenken, so lange dem deutschen Volke die Erfüllung einer so elementaren Forderung der Eretechtigkeit und Menschlichkeit, wie es die Freilassung der Gefangenen ist, veragt bleibt. Ich glaube, daß die französische Regierung gut beraten wäre und ein starkes Hindernis der von uns erhofften Verständigung beseitigen würde, wenn sie sich dieser Einsicht nicht länger verschließen wollte.

Die Lage in Bayern.

Der Rück nach Rechts.

Die Deutschösterreicher sind als zweitstärkste Partei aus den Wahlen hervorgegangen.

Der Antrag auf Stellung des Volksentscheids ist gesunken, da er nicht Zweidrittelmehrheit erhielt.

Nach den eingegangenen Meldungen sieht das Stimmensverhältnis wie folgt aus. Es erhielten:

Bayerische Volkspartei	611 88 Stimmen
Bölkischer Block	310 998
Vereinigte Sozialdemokraten	250 621
Kommunisten	129 980
Vereinigte nationale Rechte	180 880
Deutscher Block (Demokraten)	43 078
Christlich Soziale	17 373
Nationalliberale Landespartei	10 445
Deutsche Volkspartei	4 892
Bauernbund	181 291
Beamtengruppe Kreiskiel	12 989
Beamtengruppe Rüdesheim	2 934
Das Mittelpartei (Südau)	5 715
Unabhängige Sozialdemokratie	1 372
Republikanische Partei	154
Volksentscheid für ja	745 261
für Nein	736 580

Die Wahlbeteiligung.

Die abschließenden Berichte aus Bayern ergaben eine Gesamtwahlbeteiligung von generell 90 v. H. Die Wahlbeteiligung war am stärksten in Oberbayern, wo sie 87 v. H. und in Unterbayern, wo sie 80 v. H. erreichte. Die politischen Auswirkungen in Bayern dichten sich in erster Linie in der Aufteilung der Verbote der rechtsextremen Kampforganisationen und in einer verschärfsten Bekämpfung von Kommunismus und Sozialismus zeigen.

Die Regierungsbildung.

Es läuft sich darüber zurzeit noch nichts Genaues sagen. Nach den bestätigten Kämpfen zwischen Bayerischer Volkspartei und Bölkischen Block öffnete sich eine Koalitionsbildung schwer ermöglichen lassen.

Unmittelbar nach Vorliegen der Wahlresultate zum Bayerischen Landtag traten Vertreter der Bayerischen Volkspartei und des Bölkischen Blocks zu einer Beisetzung zusammen, die die Erhaltung eines parlamentarischen Regierungsblocks zum Ziele haben. Die Befreiungen waren vereitelt bis jetzt in die Erstellungnahme der Bölkischen eine erwartete, aber nicht unbedingt ablehnbare. Die geringen Wahlergebnisse der Deutschen Volkspartei bedeuten die Auflösung dieser Partei für Bayern.

Nach der Stellungnahme der siegreichen Parteien zur Frage der Monarchie in Bayern ist das Wahlergebnis dahin zu bewerten, daß rund die Hälfte der jüngsten Landtagsabgeordneten auf dem Boden der Monarchie für Bayern stehen.

Vom Inhalt des Sachverständigenberichts.

Nach einer Meldung der „Königsberger O.-Bürg.“ soll der Sachverständigenbericht in seinen Grundzügen folgendermaßen aussiehen:

1. Die volle Autorität der deutschen Regierung in wirtschaftlichen Fragen muß in den besetzten Gebieten wiederhergestellt werden.

Die Sollgrenzen zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet müssen aufgehoben werden.

Die Eisenbahnen des Ruhr- und Rheingebiets sind wiederum der deutschen Leitung zu unterstellen.

Alle Maßnahmen, die die Tätigkeit der deutschen Industrie einengen, müssen befeistigt werden.

Über die militärische Räumung des Ruhrgebietes haben die Sachverständigen keine Meinung ausgeprochen.

2. Deutschland erhält ein Moratorium auf vier Jahre.

Während dieses Moratoriums müssen die Kohlenlieferungen fortgesetzt und die Kosten der Besatzungsgruppen bezahlt werden. Für diese Leistungen kann Deutschland jedoch eine Anleihe aufnehmen, die aus den Einnahmen der Reichsbahn sichergestellt wird.

Der Wert der Sachleistungen und die Zahlungen aus Besatzungskosten sollen zusammen auf etwa 1 Milliarde Goldmark begrenzt sein.

Sollte sich Deutschlands Finanzlage ungewöhnlich schnell bessern, so ist an der Hand eines beigestellten Wohlstandsindex die Aufnahme von Barzahlungen in kleinerem Umfang in den letzten beiden Jahren als möglich vorgesehen.

3. Nach Ablauf der vier Jahre Moratorium zahlt Deutschland jährlich 2½ Milliarden Goldmark an Reparationen. Diese Zahlungen sollen sichergestellt werden durch folgende Einnahmen:

120 Millionen Goldmark aus dem Ertrag der Böle und Monopole auf Zucker, Branntwein und Tabak.

60 Millionen aus einer Hypothek auf die Reichsbahnlinien.

80 Millionen aus einer Hypothek auf den industriellen und landwirtschaftlichen Bestand.

Annähernd 300 Millionen aus einer Verkehrsteuer.

Stresemann über den Sachverständigenbericht.

Die „Chicago Tribune“ bringt Mitteilungen über eine Unterredung, die Dr. Singer aus Chicago gezeigt mit dem deutschen Außenminister Stresemann habe. Dr. Singer sagte dem Korrespondenten des Blaues gegenüber seinen Eindruck davon zusammen, daß Dr. Stresemann die Berichte des Sachverständigen sehr pessimistisch beurteile. Dr. Singer fand weiter, daß Stresemann über die Empfehlungen des Sachverständigen sehr gut im Bilde zu sein scheint und namentlich den Standpunkt vertrat, daß ihre Berichte allzuweitergehende Schlussfolgerungen hinsichtlich der deutschen Bahnungsfähigkeit aufzuweisen.

Affen- und Menschenjagd.

Im ungarischen „Nemzeti Ujjag“ ist der interessante Bericht eines Jägers über die Affenjagd auf Java zu lesen. Man treibt die Affen, die der Meiserin großen Schaden zufügen, durch Teile unter geschickter Auseinandersetzung des Geländes in einen umgännen Bereich und schlägt die Gefangenen mit Knüppeln tot. Die noch zuckenden Körper werden zu Hunderten auf riesigen Scheiterhaufen verbrannt. Aber lassen wir den Bericht selbst sprechen: „Der Jäger sah mit dem Tschamot von Karozsi auf einer für die Hauptleute des Stammes erhöhten Tribüne. Schwarze Bediente hielten vergoldete Sonnenschirme über die Auserwählten. Er konnte sich nicht enthalten, diese Jagdwaffe eine Barberai zu nennen. Doch der Tschamot erwiederte in vollendetem Holländisch: „In Europa ist seit Jahren eine andere Barberai im Schwange. ganze Länder wurden eingekreist und Menschen, Kinder, Frauen, Männer, die we-

niger schuldig waren als diese Affen, durch den Hunger getötet. Solches geschah im zivilisierten Westen. Und wir erschlagen hier nur ein paar schädliche Affen...“

Man sieht: auch den Javanern graut es schon vor den Methoden des „zivilisierten Westen“. Ist dieser Tschamot von Karozsi nicht ein kluger Mann? Schärfer und schlagender als in seiner Antwort, die in der Hungerblöße durchführte Menschenjagd der Alliierten, die den Tod unzähliger Männer und Kinder in Mitteleuropa zur Folge hatte, nicht gebraucht werden.

Deutsches Reich.

Vor einem Verkehrsstreik in Deutschland.

Nachdem die Reichsregierung die Lohnerschöpfung für die Eisenbahner aus wirtschaftlichen Gründen abgelehnt hat, ist es im Laufe des gestrigen Tages zu einer ganzen Reihe weiterer Einschließungen von Arbeiten und Dienstleistungen im Betrieb der Reichseisenbahnen gekommen. Aus fast allen Direktionsbezirken liegen Meldungen vor von abgebrochenen Streiks. In Berlin entheerte die Polizei Ankläge, die zum Generalstreik der Eisenbahner und der übrigen Verkehrsangestellten (Post und Telegraphie) aufzufordern. Im Bezirk Königsberg ist die Hälfte der Eisenbahner heute nicht zum Dienst erschienen. Aufgrund der ernsten Gesamtlage ist in Berlin die gesamte Technische Not hilfe in Bereitschaft gesetzt. Eine Entscheidung über den Eisenbahnerstreik in Deutschland soll nicht vor Wochenende erfolgen, um zunächst die Abstimmungen in den Bezirksräten durchzuführen.

Vom deutschen Wahlkampf.

Der Wahlkampf in Deutschland hat zu einer weiteren scharfen Trennung zwischen den rechten und linken Parteien geführt, während die Mittelparteien immer mehr zerrieben werden. Infolge des bestandenen Wahlauftakts der Demokraten, der Ludendorffs Namen neben den des kommunistischen Däuberrichters Högl als Vorsitzender Deutschlands setzte, ist es auch in der demokratischen Partei zu einer Hausrevolution gekommen. In Berlin allein haben, wie wir zuverlässig erfahren, einige hundert prominente Persönlichkeiten ihren Aussitz aus der Partei vollzogen; ihnen haben sich mehrere Ortsgruppen, besonders in Ostpreußen, angegeschlossen. — In Berlin-Spandau und in Steindorf wurden die Sonntags-Wahlversammlungen der Sozialdemokraten, in denen die Anhänger des gemäßigten Flügels sprechen sollten, von den Anhängern der radikalen Mehrheit gesprengt, die die Anhänger des rechten Flügels mit den vorgefassten Rednern aus den Sälen verdrängten. — Der bekannte Bevölkerungsbeirat in Süddeutschland eigene Kandidaten gegen die rechtsorientierte Bayerische Volkspartei aufzustellen, ist insofern hoch bedeutungsvoll, weil aus ihm ersichtlich ist, daß das Benteum vorläufig nicht geneigt scheint, in seiner Politik eine Rechtslenkung durchzuführen und zusammen mit den Deutschösterreichern und den Deutschnationalen im künftigen Reichstag eine Mehrheit zu bilden.

Um die Micumverträge.

Die heute aus Essen vorliegenden Meldungen über die Versprechungen der deutschen Industriellen mit der Micum lassen die Situation als unverändert ernst erscheinen. Eine Annäherung zwischen den Forderungen der Micum und den Zugeständnissen der Ruhrindustrie ist bisher nicht erzielt worden. Die Spaltung der Verhandlungen durch Diktat kann täglich erfolgen. Der Pariser „Temps“ schreibt Sonntag früh: „Am 10. April werden die Verhandlungen mit den Ruhrvertretern endgültig abgeschlossen, und die weitere Entscheidung über die am 15. April eintretenden Verhältnisse liegt bei Frankreich und dem belgischen Verbündeten.“ Die „Westminster Gazette“ schreibt dazu, die eingetretene Aufspaltung der deutsch-französischen Gegenseite in der Ruhrfrage (Micumverträge) lege dem britischen Stab neit die erste Verantwortung auf einer Intervention näherzutreten. Im Kabinett sei die Frage eingehend erörtert worden, ohne daß es bisher zu Beschlüssen gekommen sei. Mac Donalld lasse sich über den Fortgang der Düsseldorfer Verhandlungen laufend unterrichten.

Beamtenabbau.

In Berlin ist eine Überwachung der Beamtenabbaumaßnahmen durch den Minister des Innern angeordnet worden, nachdem alle Bezirksämter mit sozialistischer Mehrheit die Befreiung des Beamtenabbaus verweigert, um die seit 1919 in die Beamtenstelle der Bezirksämter gebrochenen sozialdemokratischen Parteimitglieder nicht entlassen zu müssen.

Spaltung der Volkspartei.

Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei hat die Anzeige der Nationalliberalen Vereinigung, daß sie weiter innerhalb der Gesamtpartei bestehen bleibe, nicht mehr zur Kenntnis genommen, da sie in Widerspruch mit der Entscheidung des Parteivorstandes steht. Dadurch scheint die Spaltung innerhalb der Deutschen Volkspartei vollzogen.

Die Rechenkünste Poincarés.

Darstellung und Wirklichkeit.

Die von einem andern Blatte als „Milchmädchenrechnung“ bezeichnete Rechenweise Poincarés, die in der Kammer durch Heriot scharf kritisiert wurde, steht nach deutscher Angabe der Leistungen des Jahres 1922 folgendermaßen aus:

1. Nach den Beziehungen von Cannes hatte Deutschland im Jahre 1922 750 Millionen Goldmark in bar an die Reparationskommission, nur 950 Millionen Goldmark an Sachleistungen an Frankreich und für 500 Millionen Goldmark an Schadleistungen an die übrigen Alliierten zu leisten.

2. Die Barzahlung ist voll geleistet worden. Von den Sachleistungen wurden von Seiten Frankreichs auf seine Quote von 950 Millionen nur für 209 Millionen Goldmark, davon für 181 Millionen Goldmark Kohlen und Rohöl abgerufen. Die übrigen Alliierten nahmen von den ihnen zugesicherten 500 Millionen Goldmark 469 in Anspruch, die voll geleistet wurden.

3. Während Frankreich von der ihm zugehörenden Sachleistung, quote in Rückicht auf die Widerstände in der eigenen Industrie rund 700 Millionen Goldmark verzichten ließ, griff es in der Regel die deutschen Minderleistungen an Kohle und Holz, die einen Wert von etwa 24 Millionen Goldmark und damit gegenüber den Gesamtleistungen des Jahres 1922 etwa 16 Prozent ausmachten, auf und markierte, ohne daß ihm ein Recht nach dem Vertrag von Versailles aufstand, unter dem Vorwand einer deutschen Verziehung in Höhe von 24 Millionen Goldmark in das Mührgetier ein.

4. Die Vorgänge in der Reparationskommission, insbesondere die Beziehungen Poincarés, waren jedoch nur ein Vorwand, denn Herr Poincaré hat in der Kammer am 14. Dezember 1922 selbst angegeben, daß die Befreiung der Ruhr schon einige Zeit vorher, nämlich bei der Konferenz in London, beschlossen wurde, daß er jedoch diesen Entschluß nach außen nicht bekannt werden lassen durfte, um die Deutschen nicht vorzeitig von seinen Absichten zu unterrichten.

Der Sieg Mussolinis.

Die Endergebnisse der italienischen Wahlen sind noch nicht bekannt. Es steht aber schon zweifelsfrei fest, daß die Regierungspartei mit großer Mehrheit gesiegt hat. Von sieben Millionen Wählern, die ihre Stimme abgaben, haben fünf Millionen für die Regierungswahlstimme gestimmt.

Nach diesem Wahlergebnis kommen Sozialisten und Kommunisten, die vor kurzem Italien noch regierten, gar nicht mehr als Parteien in Frage. Der Faschismus hat auf der ganzen Linie gesiegt.

Aus anderen Ländern.

Zum Siege des Faschismus.

Aus Mailand wird gemeldet: Der Sieg des Faschismus wurde in Mailand mit Glockengeläute, das die Faschisten vom Erzbischof erlangt, und mit einem Fackelzug gefeiert. Der Mussolini, der in Mailand gewählt hatte, in der ersten Morgenstunde des Montags abgebrückt wurde, 5000 Faschisten stellten den Zug. Mussolini hielt vor der entzückten Menge eine kurze Rede, die von den weltweiten Aufgaben des neuen Italien sprach, und die in einer Hommage an die Toten des Weltkrieges anlangte.

Aufmarsch in der Rückgang der kommunistischen Stimmen in Mailand, Turin und Florenz, sie verloren ein Dreieck an die faschistischen Parteien. Die beiden anderen sozialistischen Parteien behaupten sich wenigstens in Oberitalien und Campanien.

Lohnkämpfe in England.

Die „Morning Post“ meldet, die Gewerkschaft der englischen Bergarbeiter hat mit 410 gegen 65 Stimmen die von der Regierung verlangte Verkürzung der neuen Lohnforderungen bis 15. Mai abgelehnt und die 20prozentige Lohnförderung bis 19. April bestätigt. Am 23. April soll, bei erneuter Ablehnung, die Abstimmung über den Kohlenarbeiterstreik erfolgen.

Zwangseinschaffung in der Türkei.

Die Nationalversammlung in Ankara beschloß die Zwangseinschaffung aller nichttürkischen Staatsbewohner. Die Verordnung trifft in erster Linie die zahlreichen Griechen und Armenier der Türkei.

Griechenland.

Die neue griechische Regierung hat am 3. April die Einberufung von 2 Jahreslaschen für militärische Übungszwecke decretiert.

Englisch-russische Verhandlungen.

Der „Evening Standard“ teilt heute mit, daß das englisch-russische Komitee wahrscheinlich am Freitag durch Medien von Mac Donald und Makowski eröffnet wird, um dann sofort im Anschluß an diese Plenarversammlung die eigentlichen Arbeiten in einem vollständigen und einem volkswirtschaftlichen Ausschuß der Sachverständigen aufzunehmen.

Von amtlicher englischer Seite verlautet, daß die englische Regierung bis jetzt noch keine Nachricht darüber erhalten habe, wann die gesamten russischen Delegierten in London eintreffen, und daß es daher noch nicht möglich sei, einen bestimmten Termin für die Eröffnungszeremonie anzubereiten.

In kurzen Worten.

Japanische Professoren in Berlin. Zur Ergänzung der Kaiserlichen Universitäts-Bibliothek in Tokio, die bei der Erdbebenskatastrophe verbrannt ist, sind die Professoren Dr. Takayanagi und Dr. Ueno in Berlin eingetroffen.

Der Chorkreis an der Berliner Staatsoper scheint für die Streikenden nicht günstig zu stehen. Aus dem Bureau der Intendantur wird mitgeteilt, daß die Anwerbungen neuer Choristen von Erfolg begleitet waren. Mit dem neuen Chor wird heute abend bereits Madame Butterly gegeben.

Werstarbeiterausstieg in England. Es werden 10 000 Werstarbeiter, die sich mit den Arbeitgebern der Schiffbauindustrie über eine neue Lohnförderung nicht sofort einigen konnten, ausgesperrt werden.

Motorschäden beim Flug um die Welt. Der Weltflug der englischen Flieger wird eine

Feinste
Damen-Wäsche
erstklassiger Ausführung.
S. W. Kaczmarkowa
POZNAŃ, ulica 27. Grudnia 20.

Nachlaß-Versteigerung

Am Sonnabend, dem 12. April, vorm. 10 Uhr werden im Guts-Haus in Lagiewniki versteigert:

1 Pianino, 1 Gelbschrank, Kleiderschränke, Betten und verschiedene andere Möbel. Außerdem: Glas, Porzellan und anderes Hausrat.

Der Nachlaßversteigerer.

Vahnschluss früh 8 Uhr Poznań-Złotniki.

Wenn Sie Ihre

Druckarbeiten

wirkungsvoll haben wollen,
dann wenden Sie sich an die

Posener Buchdruckerei
u. Verlagsanstalt T. A.

Poznań, Zwierzyniecka (Tiergartenstraße) Nr. 6.
Kalkulation kostenfrei! Kalkulation kostenfrei!



Elegante

Modelle

Kostüme, Mäntel
Kleider, Blusen
empfiehlt zu mäßigen Preisen

M. MALINOWSKI

Fabryka Konfekcji Damskiej

Poznań

Stary Rynek 57.



Hersteller Urbin-Werke, G.m.b.H.
Danzig, am Troy.
Vertreter: M. Thie, Poznań.
Grochowska Ecke 4.

Gebildete Dame. gefunden und lebensfröhlich möchte einen gebildeten Herrn kennen lernen zw. sp. Heirat. Wer mit Kind nicht ausgeschlossen. Angeb. u. 648 a d. Geich. d. Bl.

Spielplan des Großen Theaters.
Mittwoch, den 9. 4. 7½ Uhr: „Auhreigen“, Oper von Rienzl.
Donnerstag, den 10. 4. 7½ Uhr: „Voccacio“, Rom. Oper von Scribe.
Freitag, den 11. 4. 7½ Uhr: „Puppenfee“, Ballett.
Sonnabend, den 12. 4. 7½ Uhr: „Dämon“, Oper von Rubinstein.
Sonntag, den 13. 4., nachm.: „Bohème“, Oper von Puccini (ermäßigte Preise). Abends: „Troubadour“, Oper von Verdi. Gastspiel M. Sewitski.

Confiserie Waleria Satyk

Poznań, Aleje Marcinkowskiego 6
Telephon 3833. (neben der Post). Schließfach 330.

Erstkl. Konfitürenengeschäft am Platze

empfiehlt ihre große reichhaltige

Osterausstellung

in Schokoladen, Dessert- u. Marzipaneiern
Schokoladen-Hasen und -Schäfchen.
Große Auswahl in Altrappen und schönen
Osterbonbonnieren.

Gegründet 1901.

Gegründet 1901.

Offerieren

Rapskuchen

mit hohem Fettgehalt
zu billigsten Tagespreisen.

**Wytłocznia Oleju Tow. Akc.,
Pleszew Wielkp.**

Teleg.-Adr.: Wytłocznia.

Telephon Nr. 141.

Tani Sklep

verkauft Stoffe Billitzer, Zgierz
und erstkl. Lodzer Fabrikate

zu Herren-Anzügen, Damen-Kostümen, prima
Tuche und Kamingarne in verschied. Farben
Gabardine, englische Reitkorte, auch
fertige Herren-Garderobe

elegante Anzüge
Paletots und Hosen.

Große Auswahl!

Billigste Preise!

Poznań, Wroclawska 15

Zur Beachtung!

Unseren Geschäftsfreunden zur Nachricht, daß
unsere Telephonnummern geändert wurden.

Der Anruf für Posener Buchdruckerei und
Verlagsanstalt T. A. und Posener Tageblatt
ist von jetzt an unter

Nummer 6105 und 6275
durch Fernsprecher zu betätigen.

Gutes Arbeitspferd,
fronne Mutter-Stute, weil überzählig, zu verkaufen.
Gustav Kasse, Landwirt.
Sassenheim, Kreis Posen-West.

Zur Anschaffung empfehlen
wir, sofort lieferbar, folgende
Werke antiquarisch:
Kufahl, Der Fechtsporn, mit
Abbild., geb.
Rosenhal, Bürgerlich. Fecht-
buch nebst Einführungsgesetz,
über 700 Seiten
Groß-Oktav, geb.
Long-preuß. Praktische An-
leita, z. Trichinenbau, geb.
Dr. Ostertag, Leitfaden für
Fischbeschauer, geb.
Stoltz, Lehrbuch der Kraft- u.
Muskel-Ausbildung.

Völter Europas, Krieg der
Zukunft, geb.
Welgelt, Aus allen Erdteilen.
Ziegler, latein. Unterrichtsb.
für Drogisten, geb.
O. Jugend, Roman, geb.
Pistorius, Aus der Tertianer-
zeit, geb. Freind und Leid
auf Kath der u. Schulbank.
v. Schlicht, D. Hochzeitskutsche,
Roman, geb.
Torote, Schen vor der Liebe,
Roman, geb.
Courtz Mahler, Zur linken
Hand getraut, Roman, geb.

Wothe, Hof des Schweigens,
Roman, geb.
v. Schlicht, Ein Kampf, Ro-
man, geb.
v. Winterfeld-Platen, franz.,
Roman, geb.
Härländer, Künstler-Roman,
III, geb.
H. Land, Imhoff, Roman, geb.
Dr. Bosse, Aus der Jugend-
zeit, Erinnerungen, geb.
Posener Buchdruckerei
und Verlagsanstalt, T. A.,
Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.

Französisch, und engl.
Unterricht
erfüllt gewissenhaft gegen
mäßiges Honorar.
Ges. Offeren unt. V. 5550
an d. Geschäft d. Blattes.

215
Oster- u. Einsegnungs-
Geschenkwerke
empfohlen, neu zur Anschaf-
fung u. soortigen Lieferung:
Stosch, Die Seele u. Ihre
Geschichte. Mediationen
für das innere Leben, geb.
Stogaard-Petersen, Des
Glaubens Bedeutung
im Kampf ums Dasein,
geb.

Ins Herz hinein! Samm-
lung von Sprüchen und
Zitaten relig. Inhalts, geb.
Biening, Lebensbuch.
Eine Mitgabe aus dem Be-
ben —, fürs Leben —, zum
Leben —, geb.

v. Bülow, Wie meine
Sehnsucht stillte ward.
Neue Frede, geb.

Tersteegen, Geistliches
Blumengärtlein, geb.
Trautwein, Ullerlei zum
Nachdenken, geb.
Huggenberger, Die Sillle
des Felder, geb.

Spitta, Psalter u. Harfe,
geb.

Allezeit fröhlich. Eine Fest-
gabe, geb.

Zaufend Sprüche, geb.
Posener Buchdruckerei u.
Verlagsanstalt, T. A.,
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Villentausch! Danzig-Poznań.
Abzugeben in Danzig hochbürgerliche Villa mit
Park, 17 Zimmer, freie Wohnung 11 Zimmer; suche ähn-
liches in Polen. Off. u. Z. 6537 a. d. Geich. d. Bl. erh.

**Unsere Leser
und Freunde**
bitte wir, bei Einkäufen
sich auf das
Posener Tageblatt
zu berufen.

Gesetz

vom 11. Dezember 1923 über Ruhestandsversorgung der Staatsbeamten und Berufsmilitärpersonen.

Dz. U. poz. 46/1924. Nr. 6.

Kapitel III.

Bestimmungen, welche ausschließlich Berufsmilitärs betreffen.

Art. 45.

Die Berufsoffiziere werden in den Ruhestand versetzt durch den Kriegsminister, die Berufsgemeinen durch den Korpskommandeur auf Antrag des Vorgesetzten, der mindestens die Berechtigung eines Regimentsführers besitzt.

Art. 46.

Die Ruhestandsbesoldung der Offiziere bemüht der Kriegsminister im Einvernehmen mit dem Finanzminister, diejenigen der Berufsgemeinen des Korpskommandeure im Einverständnis mit den zuständigen Finanzämtern.

Die Auszahlung der Ruhestandsversorgung wird von der zuständigen Finanzbehörde angeordnet.

Gegen die Entscheidung des Korpskommandeure steht dem Gemeinen das Recht der Reckmutter an den Kriegsminister zu binnen 30 Tagen, vom Tage an gerechnet, der dem Tage der Feststellung der Entscheidung folgt, wobei die Bestimmung des Absatzes 2 des Art. 34 des vorliegenden Gesetzes Anwendung findet.

Art. 47.

Die Versetzung in den Ruhestand erfolgt auf die Bitte eines Berufsmilitärs:

a) ohne Rücksicht auf das Alter, wenn er wegen körperlicher Gebrechlichkeit oder wegen des Verfalls der körperlichen oder geistigen Kräfte dauernd untauglich zur Erfüllung des Heeresdienstes geworden ist;

b) ohne Rücksicht auf die Diensttauglichkeit, wenn er das 55. Lebensjahr überschritten hat;

c) wenn er das Recht zur vollen Ruhestandsbesoldung erlangt hat;

d) ohne Rücksicht auf den Gesundheitszustand, wenn Offiziere 30 Jahre und die Gemeinen 20 Jahre Heeresdienst geleistet haben.

Die Berechtigung des Gefüches um Versorgung in den Ruhestand in dem unter Punkt d vorgeesehenen Falle hängt ab von der Entscheidung des Kriegsministers im Einvernehmen mit dem Finanzminister.

Art. 48.

Ein Berufsmilitär muss von der im Art. 45 des vorliegenden Gesetzes erwähnten Behörde von Amts wegen in den Ruhestand versetzt werden:

a) wenn er das Alter überschritten hat, das durch die Gesetze über die Pflichten und Rechte der Offiziere und Gemeinen vorgesehen ist für Berufsmilitärs;

b) wenn er wegen Dienstuntauglichkeit in Invalidität bleibend, die Tritt überschritten hat, die von dem in Punkt a dieses Artikels erwähnten Gesetze festgesetzt ist;

c) in dem Falle, der in Punkt a, Art. 47 des vorliegenden Gesetzes vorgesehen ist;

d) in den Fällen einer Herauslösung des Staats nach Ablauf des Zeitraumes, der vorgesehen ist im Art. 88 des Gesetzes vom 23. März 1922 über die grundständischen Pflichten und Rechte der Offiziere des polnischen Heeres (Dz. U. R. P. Nr. 82, Pos. 256).

Art. 50.

Die Dienstzeit, die der normalen Anrechnung zu der zum Ruhegehalt berechtigenden Dienstzeit unterliegt, wird gerechnet vom Tage an, wo der aktive Heeresdienst beginnt.

Art. 51.

Ein eremiterter Berufsmilitär, der in einem Invalidenhaus bzw. in einer Anstalt für geistige Kräfte untergebracht ist, erhält auf Staatskosten Wohnung, Unterhalt, Bekleidung, ärztliche Behandlung und Bedienung.

Art. 52.

Der Cheftron und den Kindern eines solchen Eremiten (Art. 51) steht für die Zeit seines Aufenthaltes im Invalidenhaus bzw. in einer Anstalt für geistige Kräfte das Recht zu auf Witwen- bzw. Waisenversorgung, die nach Absatz 1, Art. 61 bzw. 62 des vorliegenden Gesetzes berechnet ist.

Titel III.

Versorgung der hinterbliebenen Familien der Staatsbeamten und der Berufsmilitärs.

Art. 60.

Das Recht auf die Witwenpension, ebenso auch auf die Waisenpension ist ein abgeleitetes Recht, das abhängig ist von der Erwerbung der Ruhestandsrechte durch den Ehemann bzw. den Vater.

Die Witwenpension wird berechnet nach der Messung für die Unverheiraten (samtlichen).

Art. 61.

Die Witwenpension beträgt 50 Prozent des Betrages der Ruhestandsversorgung, die der verstorbenen Ehemann befreien hat bzw.

derjenigen Versorgung, auf die er im Augenblick des Todes das Recht haben würde.

Die Pension der Witwe eines Staatsbeamten bzw. eines Berufsmilitärs, der infolge Kriegereignisse gefallen oder gestorben ist, beträgt 50 Prozent der vollen Besoldung im aktiven Dienst des verstorbenen Ehemannes, die als Grundlage der Berechnung der Ruhestandsbesoldung dient im Sinne der Art. 17 und 18 des vorliegenden Gesetzes.

Art. 62.

Das Recht auf Waisenpension wird erworben durch den Tod des Vaters; diese Pension beträgt:

a) für jedes Kind, wenn die Witwe lebt, und im Augenblick des Todes des Staatsbeamten bzw. Berufsmilitärs, das Recht auf Witwenpension hatte, ein Viertel der Witwenpension;

b) für jedes Kind, wenn die Witwe nicht mehr lebt oder auch im Augenblick des Todes ihres Ehemannes kein Recht auf die Witwenpension hatte oder aber später dieses Recht verloren hat, die Hälfte der Witwenpension;

c) für eine einzige Witwe ohne Vater und Mutter zwei Drittel der Witwenpension.

Wenn die Witwe keine Witwenpension bezogt, weil sie ein Ruhestandsgehalt besitzt aus eigenem Staatsdienste, so steht den Waisen das Recht auf eine Pension nach den Bestimmungen des Punktes a des vorliegenden Artikels zu.

Art. 64.

bezieht Höchstgrenze der Witwenpensionen:

Art. 71.

Die Witwen- und Waisenpensionen sind monatlich im voraus zu zahlen.

Art. 72.

betr. Erlöschen der Waisenpension.

Art. 73.

betr. Beschränkungen im Bezug der Witwen- und Waisenpensionen.

Art. 74.

betr. Wiederherstellung einer Witwe und ihre Pension.

Art. 75.

Die Witwe eines Staatsbeamten bzw. Berufsmilitärs, die durch das Verleihen einer Stelle im Staatsdienste eigene Ruhestandsrechte erworben hat, kann nur eine einzige Versorgung nach ihrer Auswahl erhalten.

Art. 77.

Die Witwe oder die Waisen eines im aktiven Dienst verstorbenen Staatsbeamten haben das Recht auf Zurückstuthung der nachgewiesenen Kosten einer einmaligen Übersiedlung aus den Dienstorte des Ehemannes bzw. des Vaters in den zukünftigen Wohnort bis zur Höhe der Pauschalsumme, die den Staatsbeamten bzw. Berufsmilitärs im aktiven Dienst zusteht bei Übersiedlungen von Amt wegen.

Berücksichtigt werden nur Übersiedlungen innerhalb des Staates und im Falle der Übersiedlung ins Ausland, die bis zur Grenze des polnischen Staates erwachsenen Kosten.

Von diesem Nachteil kann die Witwe bzw. die Waise Gebrauch machen binnen eines Jahres nach dem Todesstage des Ehemannes bzw. des Vaters.

Art. 78.

Im Falle des Todes eines Beamten oder Berufsmilitärs im Ruhestand gebührt der Witwe, die mit ihm in Ehegemeinschaft gehalten ist, unabhängig von der Versorgung bzw. von der Abfindungssumme (Art. 80 bzw. 79), ein Sterbegeld in der Höhe einer dreimonatigen, von dem Verstorbenen bezogenen Besoldung. Unter diesen selben Bedingungen in derselben Höhe steht dem Witwer ein Sterbegeld zu im Falle des Todes einer Beamtin im Ruhestande.

Im Erwangelung des (der) zum Sterbegeld berechtigten Witwos (Witwe) gebührt ein Sterbegeld in derselben Höhe ungeachtet den berichtigten elterlichen Kinder und Siefkindern des Verstorbenen, sofern der Verstorbene sie unterhalten hat. In Erwangelung der oben erwähnten Familienmitglieder kann man die nachgewiesenen Kosten der ärztlichen Behandlungen und des Begegnisses bis zur Höhe des Sterbegeldes den andern Verwandten oder fremden Personen zurückstatten, wenn der Verstorbene kein bewegliches oder unheimeliges Vermögen zurückgelassen hat, das zur Deckung dieser Kosten ausreicht.

Art. 80.

Den Witwen von Staatsbeamten bzw. Berufsmilitärs mohammedanischen Gedenkstifts, wenn zwei oder mehr der selben von einer und derselben Person hinterlassen sind, wird zur gleichen Verteilung die Witwenpension bewilligt nach den für nur eine Witwe fälligen Normen.

Die Waisen solcher Staatsbeamten bzw. Berufsmilitärs, die von den rechtmäßigen Ehefrauen geboren sind, werden für gleichberechtigt angesehen in Hinsicht der Ruhestandsversorgung, und es werden ihnen Waisenpensionen zuerkannt nach den Normen des vorliegenden Gesetzes zur gleichen Verteilung.

Die Bestimmungen des Art. 64 werden analog angewendet auf die Fälle, von denen im vorliegenden Gesetz die Rede ist.

Barbarei.**Misshandlung und Tod des Oberförsters Feldmann.**

Am 1. März 1923 wurde der Oberförster Martin Feldmann von der Oberförsterei Morbach des Kreises Bernkastel von den Franzosen verhaftet, weil er in treuer Pflichterfüllung als deutscher Beamter die Durchführung widerrechtlicher Befehle von Seiten des französischen Kreisdelegierten ablehnte. Am 12. Juli wurde er seines Gefangenheitszustandes wegen in provisorische Freiheit gesetzt und nach Verurteilung zu einem Jahr Gefängnis mit Strafauflösung aus dem bis jetzt Gebiet ausgewiesen. Am 10. März starb Feldmann, vor dem ein blühender, gesunder Mann, plötzlich an Embolie. Sein Arzt, in dessen dauernder Behandlung er sich nach seiner Entlassung aus der französischen Haft befunden hatte, stellte in beglaublicher Urkunde fest, daß der Tod die Folge der in der französischen Haft erlittenen Misshandlungen (schwere Schädelkontusion mit nachfolgenden Lähmungserscheinungen) war.

Welcher Art diese Misshandlungen waren, davon gibt der uns vorliegende sachliche Bericht, den Feldmann nach seiner Ausweisung an seine vorgesetzte Behörde richtete, in erschütternder Weise Kunde. Es heißt darin:

"Von einem Gendarmerieoffizier wurde ich im Auto in das Militärgefängnis in Trier gebracht. Die Belle selbst wurde von einer Holzspitze mit sehr schmalem Stoßkopf bis auf einen kleinen Platz davor ausgefüllt. Nach etwa zehn Minuten erschien der Wachhabende, ein Unteroffizier vom 6. Alpenjägerregiment, holte mich in das Wachtlokal mit der Aufforderung, dieses auszugehen und die Lagerstellen für die Mannschaften herzurichten. Auf meine ausdrückliche Weigerung mit dem Hinweis, daß derartige Arbeiten nicht einmal von kriegsgefangenen Offizieren verlangt werden würden, verzichtete der Wachhabende mit einer unverstehlichen Bemerkung. Soldaten fesselten mich rechts und links, der Uniformpelz wurde heruntergerissen, ich selbst gegen den Tisch gezogen und mit einer schweren, runden Ledersperre über den Rücken geschlagen. Als sich auf meine erneute Weigerung die Szene wiederholen sollte und mir erklärt wurde, alles Weigeren wäre fruchtlos, der Landrat nebenan mühte sie auch leisten, gehörte ich dem Druck unter dem Hohnlächeln der Mannschaften. In meine Belle zurückgebracht, wollte ich mich gerade hinlegen, als der Wachhabende wiederum erschien, mich an den Arm fasste, zum Ofen im Wachtlokal zog und mich antrieb, Feuer zu machen. Der ganze Aufzug, wie der verflossene Weigerung mit dem Hinweis, daß derartige Arbeiten nicht einmal von kriegsgefangenen Offizieren verlangt werden würden, geschah offensichtlich nur, um mich zu demütigen; man sah den Leuten ordentlich an, mit welcher sadistischen Freude sie mich leiden sahen. Ich öffnete die Ofentür, der Ofen war noch etwa halbvoll glühender Gierkohlen. Vor meinen Einwurf, daß das Feuer ja brenne, erwiderte der Wachhabende, es müsse neu angemacht werden. Die Glut mußte zunächst heraus. Mein Verlangen nach einer Schaufel wurde abgelehnt. Ich verzerrte mich, aber die Peitsche war wieder schnell. Ich weigerte mich, aber die Peitsche war wieder schnell. Mit mir ließ, als mir von diesem Tage ab der Zollinspektor Heim als Schuldig erachtet wurde. Dieser fand mich am Vorabend des 11. gegen 10 Uhr bewußtlos in meiner Belle liegen. Erst um 6 Uhr nachmittags, trotz wiederholter Mahnungen, erschien der Arzt, unter dessen Händen ich auch das Bewußtsein langsam wieder bekam. Beim Abtransport wurde ich an den Beinen von der Peitsche gezogen, so daß ich mit dem Kopf auf den Fußboden aufschlug. Mir selbst ist letzterer Vorgang nicht mehr in Erinnerung, doch hat sich v. Heim bereit erklärt, es eidesstattlich auszugeben, daß ich gegen 10 Uhr bewußtlos in meiner Belle laggen. Erst um 11 Uhr nachmittags, trotz wiederholter Mahnungen, erschien der Arzt, unter dessen Händen ich auch das Bewußtsein langsam wieder bekam. Beim Abtransport wurde ich an den Beinen von der Peitsche gezogen, so daß ich mit dem Kopf auf den Fußboden aufschlug. Mir selbst ist letzterer Vorgang nicht mehr in Erinnerung, doch hat sich v. Heim bereit erklärt, es eidesstattlich auszugeben, daß ich gegen 10 Uhr bewußtlos in meiner Belle laggen. Erst um 11 Uhr nachmittags, trotz wiederholter Mahnungen, erschien der Arzt, unter dessen Händen ich auch das Bewußtsein langsam wieder bekam. Beim Abtransport wurde ich an den Beinen von der Peitsche gezogen, so daß ich mit dem Kopf auf den Fußboden aufschlug. Mir selbst ist letzterer Vorgang nicht mehr in Erinnerung, doch hat sich v. Heim bereit erklärt, es eidesstattlich auszugeben, daß ich gegen 10 Uhr bewußtlos in meiner Belle laggen. Erst um 11 Uhr nachmittags, trotz wiederholter Mahnungen, erschien der Arzt, unter dessen Händen ich auch das Bewußtsein langsam wieder bekam. Beim Abtransport wurde ich an den Beinen von der Peitsche gezogen, so daß ich mit dem Kopf auf den Fußboden aufschlug. Mir selbst ist letzterer Vorgang nicht mehr in Erinnerung, doch hat sich v. Heim bereit erklärt, es eidesstattlich auszugeben, daß ich gegen 10 Uhr bewußtlos in meiner Belle laggen. Erst um 11 Uhr nachmittags, trotz wiederholter Mahnungen, erschien der Arzt, unter dessen Händen ich auch das Bewußtsein langsam wieder bekam. Beim Abtransport wurde ich an den Beinen von der Peitsche gezogen, so daß ich mit dem Kopf auf den Fußboden aufschlug. Mir selbst ist letzterer Vorgang nicht mehr in Erinnerung, doch hat sich v. Heim bereit erklärt, es eidesstattlich auszugeben, daß ich gegen 10 Uhr bewußtlos in meiner Belle laggen. Erst um 11 Uhr nachmittags, trotz wiederholter Mahnungen, erschien der Arzt, unter dessen Händen ich auch das Bewußtsein langsam wieder bekam. Beim Abtransport wurde ich an den Beinen von der Peitsche gezogen, so daß ich mit dem Kopf auf den Fußboden aufschlug. Mir selbst ist letzterer Vorgang nicht mehr in Erinnerung, doch hat sich v. Heim bereit erklärt, es eidesstattlich auszugeben, daß ich gegen 10 Uhr bewußtlos in meiner Belle laggen. Erst um 11 Uhr nachmittags, trotz wiederholter Mahnungen, erschien der Arzt, unter dessen Händen ich auch das Bewußtsein langsam wieder bekam. Beim Abtransport wurde ich an den Beinen von der Peitsche gezogen, so daß ich mit dem Kopf auf den Fußboden aufschlug. Mir selbst ist letzterer Vorgang nicht mehr in Erinnerung, doch hat sich v. Heim bereit erklärt, es eidesstattlich auszugeben, daß ich gegen 10 Uhr bewußtlos in meiner Belle laggen. Erst um 11 Uhr nachmittags, trotz wiederholter Mahnungen, erschien der Arzt, unter dessen Händen ich auch das Bewußtsein langsam wieder bekam. Beim Abtransport wurde ich an den Beinen von der Peitsche gezogen, so daß ich mit dem Kopf auf den Fußboden aufschlug. Mir selbst ist letzterer Vorgang nicht mehr in Erinnerung, doch hat sich v. Heim bereit erklärt, es eidesstattlich auszugeben, daß ich gegen 10 Uhr bewußtlos in meiner Belle laggen. Erst um 11 Uhr nachmittags, trotz wiederholter Mahnungen, erschien der Arzt, unter dessen Händen ich auch das Bewußtsein langsam wieder bekam. Beim Abtransport wurde ich an den Beinen von der Peitsche gezogen, so daß ich mit dem Kopf auf den Fußboden aufschlug. Mir selbst ist letzterer Vorgang nicht mehr in Erinnerung, doch hat sich v. Heim bereit erklärt, es eidesstattlich auszugeben, daß ich gegen 10 Uhr bewußtlos in meiner Belle laggen. Erst um 11 Uhr nachmittags, trotz wiederholter Mahnungen, erschien der Arzt, unter dessen Händen ich auch das Bewußtsein langsam wieder bekam. Beim Abtransport wurde ich an den Beinen von der Peitsche gezogen, so daß ich mit dem Kopf auf den Fußboden aufschlug. Mir selbst ist letzterer Vorgang nicht mehr in Erinnerung, doch hat sich v. Heim bereit erklärt, es eidesstattlich auszugeben, daß ich gegen 10 Uhr bewußtlos in meiner Belle laggen. Erst um 11 Uhr nachmittags, trotz wiederholter Mahnungen, erschien der Arzt, unter dessen Händen ich auch das Bewußtsein langsam wieder bekam. Beim Abtransport wurde ich an den Beinen von der Peitsche gezogen, so daß ich mit dem Kopf auf den Fußboden aufschlug. Mir selbst ist letzterer Vorgang nicht mehr in Erinnerung, doch hat sich v. Heim bereit erklärt, es eidesstattlich auszugeben, daß ich gegen 10 Uhr bewußtlos in meiner Belle laggen. Erst um 11 Uhr nachmittags, trotz wiederholter Mahnungen, erschien der Arzt, unter dessen Händen ich auch das Bewußtsein langsam wieder bekam. Beim Abtransport wurde ich an den Beinen von der Peitsche gezogen, so daß ich mit dem Kopf auf den Fußboden aufschlug. Mir selbst ist letzterer Vorgang nicht mehr in Erinnerung, doch hat sich v. Heim bereit erklärt, es eidesstattlich auszugeben, daß ich gegen 10 Uhr bewußtlos in meiner Belle laggen. Erst um 11 Uhr nachmittags, trotz wiederholter Mahnungen, erschien der Arzt, unter dessen Händen ich auch das Bewußtsein langsam wieder bekam. Beim Abtransport wurde ich an den Beinen von der Peitsche gezogen, so daß ich mit dem Kopf auf den Fußboden aufschlug. Mir selbst ist letzterer Vorgang nicht mehr in Erinnerung, doch hat sich v. Heim bereit erklärt, es eidesstattlich auszugeben, daß ich gegen 10 Uhr bewußtlos in meiner Belle laggen. Erst um 11 Uhr nachmittags, trotz wiederholter Mahnungen, erschien der Arzt, unter dessen Händen ich auch das Bewußtsein langsam wieder bekam. Beim Abtransport wurde ich an den Beinen von der Peitsche gezogen, so daß ich mit dem Kopf auf den Fußboden aufschlug. Mir selbst ist letzterer Vorgang nicht mehr in Erinnerung, doch hat sich v. Heim bereit erklärt, es eidesstattlich auszugeben, daß ich gegen 10 Uhr bewußtlos in meiner Belle laggen. Erst um 11 Uhr nachmittags, trotz wiederholter Mahnungen, erschien der Arzt, unter dessen Händen ich auch das Bewußtsein langsam wieder bekam. Beim Abtransport wurde ich an den Beinen von der Peitsche gezogen, so daß ich mit dem Kop

Der Erreger der Maul- und Klauenseuche gesunden?

Nach einer Meldung des „B. T.“ sollen zwei neue Seuchenerreger entdeckt sein. Der Bericht darüber lautet folgendermaßen: Heute abend wird in der Mikrobiologischen Gesellschaft der Direktor des Hygienischen Instituts der Tierärztlichen Hochschule, Gehemer Medizinaler Professor Dr. Frosch und sein Mitarbeiter Professor Dahmen, über eine neue Entdeckung berichten, die falls sie sich bestätigen sollte, von weittragender Bedeutung für die Bekämpfung der Tiere seuchen sein dürfte. Außer den Bakterien und den Protozoen als Krankheitsursache müsste es noch Krankheitserreger von ungeheurer Kleinheit geben. Denn sie trocken dem Darstellungsermögeln der kräftigsten Mikroskopie, und man bezeichnet sie daher als ultrafines, also jenseits unserer Kraft liegend. Nach mehrjähriger Arbeit ist es Professor Frosch, nachdem Professor Dahmen die sehr schwierige Züchtung des Erregers der Maul- und Klauenseuche auf einem Nährboden geübt war, gelungen, nicht nur diesen Erreger, sondern auch den der Lungenseuche der Rinder für die Beobachtung und Untersuchung darzustellen. Als Erreger der Maul- und Klauenseuche ein Stäbchen von Bruchteilen eines Tausendstel Millimeters.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 9. April.

Nichtbeachtung einer Polizeiverordnung.

Wer jetzt des Morgens um die 7. Stunde geworungen ist, durch die Straßen zu eilen, dem kommt ganz unwillkürlich des Dichters Wort in die Erinnerung: „Nach den Wollen seh ich's ziehen, aber nicht wie Opferbrand“. Die Herren Haushälter oder richtiger ihre Gesponsinen sind fleißig bei der Arbeit, Bürgersteige und Fahrbahnen von dem ihnen anhaftenden Schmutz und Staub zu säubern. Dagegen wird nun kein vernünftiger Mensch etwas einzuhindern haben, sondern vielmehr aufrichtig darüber erfreut sein, daß die Haushälter im Gegensatz zum soeben hinter uns liegenden Winter eifrig bemüht sind, Gesundheitsgefährdungen des Publikums durch die Beseitigung von Krankheitserregern zunächst mit bennen zu helfen. Nur gegen das „Wie“, in der die Säuberung der Straßen meistens vorgenommen wird, muß man denn doch ein ganz energisches Bett einlegen. Den genannten Herrschaften scheint nämlich die bekannte Polizeiverordnung ganz aus dem Gedächtnis geschwunden zu sein, daß die Straßen vor dem Fegen vom 1. April ab mit Wasser zu besprühen sind. Wir möchten tausend gegen eins wetten, daß sich, obwohl bereits 8 Uhr morgens ins Land gegangen sind, kaum die Hälfte um diese Verordnung gekümmt hat. Möglicher, daß die Herrschaften das ja noch immer herztere Wasser schönen wollen.

Dann noch ein zweites. Der oder die Straßen Fegende segt seinen Strich weiter, ohne sich durch die Vorübergehenden auch nur im geringsten aus dem seelischen Gleichgewicht, will sagen, dem Fegefeuer bringen zu lassen. Jeder Vorübergehende, der nicht im großen Bogen ausweicht, wozu er meist gar nicht in der Lage ist, wenn er nicht etwa vom Bürgersteige auf den Fahrbahn herabsteigt, erhält eine gehörige Menge Strafenschutz auf die unteren Extremitäten gefegt, in dem leider nicht selten tuberkulöser Auswurf eine nicht geringe Rolle spielt. Und derartige gesundheitsgefährliche Dinge schleppen man dann weiter in die Wohnungen, Arbeitszimmer, Büroarbeitsräume u. dgl. Das ist natürlich von der Hygiene herzlich weit entfernt. Wir möchten aber niemanden raten, gegen diese rücksichtslose Belästigung seines unteren Menschen bei deren Urhebern Protest einzulegen. Eine Flut von Schimpfworten, die den alten seeligen Freiherrn von Knigge im Grabe sich umdrehen läßt, prasselt auf den Passanten hernieder, der zum Schaden auch noch den Spott zu tragen hat.

Zweck dieser Zeilen ist nur, die Aufmerksamkeit der Polizei auf die gerügtigen Missstände zu lenken und durch Wiederaufzischung des Gedächtnisses die scheinbar in Vergessenheit getatene Polizeiverordnung über die Sprengpflicht bei der Straßenreinigung wieder lebendig werden zu lassen und das Publikum vor den Belästigungen durch Staub und Nebensäften zu schützen. hb.

Ein Beitrag zum Kapitel „Vettelinwesen“.

In der Dienstagsausgabe veröffentlichten wir unter der Überschrift „Das Vettelinwesen“ einen Artikel, der sich mit der überall in den Städten und auf dem Lande in die Erscheinung tretenden Haus- und gewerbsmäßigen Bettelreihe beschäftigte. Wohl verstanden, wir sind weit davon entfernt, immer gleich nach dem Schuhmann zu rufen, wenn etwa einmal ein durch die bitteren Zeitverhältnisse arbeits- und brotlos gewordener Mensch an unserer Tür um eine milde Gabe anspricht. Im Gegenteil: wir möchten uns die volle Freiheit, je nach unserem eigenen Empfinden einem armen Menschen ein Stückchen Brot oder irgend eine andere milde Gabe reichen zu können, voll wahren und sind auch gegen die Reglementierung der Wohltätigkeit solchen Gelegenheitsbettlern gegenüber.

Was wir aber mit aller Entschiedenheit befürworten möchten, das ist die gewerbs- und gehobenheitsmäßige Bettelreihe, die sich in der Großstadt Posen auf Schritt und Tritt, an viel benutzten Wegen, an Eingängen zu den Kirchen, Friedhöfen, Vergnügungsstätten, wie Theatern, Kinos usw. breit macht. Derartige Bettler haben ein feines psychologisches Empfinden dafür, wo die Mildeitigkeit am meisten und leichtesten Opfer bringt. Wer sich einmal der Mühe unterzieht, derartige Berufsbettler zu beobachten, der wird erkennen über die Fülle von Gaben, die meist Gedankenlosigkeit ihnen reicht und den damit begleiteten Gelegenheit bietet, ein bequemes und sorgloses Leben zu führen und sich dem dolce far niente hinzugeben. Durch wahlloses Almosengeben an derartige Leute wird ein Haulenzertum geradezu großgezogen. Gegen diese Berufsbettler rufen auch wir nach dem Schuhmann bzw. nach dem Radi.

Neuerdings kann man bei uns in Posen kleine, noch nicht schulmündige Kinder beiderlei Geschlechts von Haus zu Haus wandern sehen. Sie betteln, natürlich nicht aus eigenem Antriebe, sondern auf Veranlassung des Vaters oder der Mutter, die sich aus den von ihren Kindern erbetenen Gaben einen guten Tag machen. Auch hier sollte mit aller Strenge polizeilich eingeschritten werden.

Ein derartiges Bettelinwesen macht sich aber nicht nur in der Stadt Posen, sondern auch anderweitig breit. So schreibt das „Koninklijke Gazette“ in seiner Nr. 83 u.a.:

„Die Stadt Berent und ihre ländliche Umgebung wurde in den letzten Monaten von bettelnden Kindern schulpflichtigen Alters einzig heimgesucht. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß gewisse nüsse und bequeme Mütter ihre Kinder von der Schule abholten und sie in Stadt und Land dem Bettel nachgehen ließen. Auch in unserer Stadt sieht man leider nur zu häufig bettelnde Kinder im schulpflichtigen Alter die Einwohner belästigen. Kann dieser Unsitte nicht entgegengesetzt werden? Sogar Kinder unter sechs Jahren schicken gewissenhohe Mütter zum „Erwerb“ aus. Wir denken da besonders an einen kleinen „Mann“ mit langen Haaren, der höchstens 4 bis 5 Jahre zählt. Besonders unseres Kaufleuten dürfte dies Kerlchen nicht unbekannt sein. Seine ständige Frage bei Eintritt in die Geschäfte ist: „Kann ich 'n bißchen Geld haben?“ Was tut da der mitleidige Geschäftsmann beim Anblick dieser bittenden Jammergestalt? Er gibt. Wir haben in Erfahrung

gebracht, daß die Eltern dieses Kindes nicht etwa arbeitsunfähig, wie der Kleine es höchstwahrscheinlich auf Geschäft der Mutter angibt, sondern nur arbeitslos sind. Wenn also ein derartiger Abfall der menschlichen Gesellschaft von unseren Bürgern unterstützt wird, dann geben sie dem Müllgang und Laster immer neue Nahrung zur Verbreitung. Unsere wirtschaftlichen Armen erhalten von unseren hiesigen Wohltätigkeitsvereinen ausreichende Unterstützung.“

Der Verband deutscher Handarbeiter in Polen hielt am Montag in Bromberg im Casino seine Jahrestaatsversammlung ab. Der Verband schließe nach Ausweis seines Tätigkeitsberichts Ende vorigen Jahres 2150 Mitglieder. Die Verbandsbeiträge wurden auf jährlich 6 Groszy für jedes Mitglied festgesetzt. Nach der Neuwahl des Vorstandes erfolgte eine Predigt über Steuerfragen u. a. sodann regte der Verbandsvorstand eine Sammlung für die durch das Hochwasser Geschädigten an, woran aus der Verbandskasse sofort zunächst 250 Millionen zu Verstaatlung gestellt wurden, während außerdem ein Antrag Tschörner-Bromberg einging, angenommen wurde, wonach innerhalb jeder Ortsgruppe von jedem Mitglied mindestens 1 Million erhoben werden soll. — Nach der Hauptversammlung hielt die Bergbauskasse des Verbandes ihre Tagung ab.

Die Amtsprache in amtlichen Schriftstücken.

Der Starost des pommerschen Kreises Culm Dr. Boble hat über die alleinige Verwendung der polnischen Sprache in amtlichen Schriftstücken unterm 12. d. Ms. folgende Verordnung erlassen:

Es wurde in letzter Zeit festgestellt, daß einige mit unterstellten Ämtern in den amtlichen Bescheinigungen noch immer die deutsche Sprache benutzen, am Schlusse auch noch das Siegel mit deutscher Aufschrift dabei zu legen. Solche Handlungen, die alle in obiger Angelegenheit erlaubten Verordnungen ignorieren, kann ich nicht weiterhin dulden, weil sie die politische Autorität untergraben. Deshalb muß ich entschieden verlangen, daß alle mit unterstellten Ämtern sich ausschließlich der polnischen Sprache und eines Siegels mit polnischer Aufschrift bedienen. Alle mit unterstellten Ämtern, die obiges nicht befolgen, werde ich mit der höchsten zulässigen Übertrittsfällen bestrafen, und in hartnäckigen und zielbewußten Einheiten, um den Überreiter aus dem Amte zu entfernen.“

Kinderpest in Pommern.

Die Wojewodschaft Pommern gibt bekannt, daß in Schmoln (Landkreis Thorn), ein Fall von Kinderlungenpest festgestellt sei. Die amtlichen Untersuchungen haben ergeben, daß die Pocken durch ein in Konkurrenz angefautes Kind eingekleckt war. Da sich nun in letzter Zeit Kinderpestkrankungen in den östlichen Kreisen Pommerns, vornehmlich in den Kreisen Thorn, Strasburg, Soldau und Gempelburg, unter den gleichen Bedingungen gezeigt haben, warnt die Wojewodschaft die diehaltenden Berufskreise vor der Einfluss longepolnischen Hornbachs nach Pommern. Gleiche Vorsicht ist bei der Durchführung von Arbeitsverträgen mit longepolnischen Saisonarbeitern zu üben, da auch hierbei eine starke Einschüpfung der pommerschen Viehzucht droht. Unter keinen Umständen darf genötigt werden, daß die Wanderarbeiter ihre eigenen Kühe mitnehmen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß in Ansiedlungssälen alles Vieh des betallenen Gebietes oder Gutes polizeilich geziert wird, ohne daß eine Entschädigung aus öffentlichen Mitteln erfolgt. Sotern eine Nichtbeachtung der tierärztlichen amtlichen Bestimmungen festgestellt werden. Außerdem wird der Besitzer zur gerichtlichen Verantwortung gezogen werden.

Zur Einschränkung des Güterverkehrs Im Zusammenhang mit der kurzlich erlassenen Verordnung betreffs Einschränkung des Güterverkehrs teilt die Posener Eisenbahndirektion mit, daß auf den Bahnlinien, auf denen aus Gründen der obengenannten Verordnung Güterzüge nur jeden zweiten Tag verkehren, Güterstücke die an Tagen aufgegeben wurden, an denen kein Zug verkehrt, bis zum nächsten Tage zurückgestellt werden. Ausnahmen bilden nur Güter jerner leichtverderbliche Waren und Vieh. Diese werden mit Personenzügen nur in geringem Maße befördert. Es empfiehlt sich daher, vor Abfahrt von Gütern an den Bahnhofsräumen Informationen über den Zugverkehr einzuziehen.

Militärische Geschleihungen. Bis zur militärärztlichen Mustierung bedarf kein Reiter einer Erlaubnis von Seiten der Militärbehörden zur Geschleihung. Nach der Mustierung ist jedoch als „tauglich“ (Kat. A) angenommen und der Reiter zu zugewiesenen Reitkuren, sowie solchen, die im stehenden Heere Dienst tun, eine solche Erlaubnis notig. Die Erlaubnis ist nicht notwendig: a) Reitkuren, die in der Mustierung die Klassifizierung C 1, C 2 und D erhalten; b) solchen, die laut Art. 56 Kat. B §§ 62, 64 und 66 des vorläufigen Gesetzes über die allgemeine Militärdienstpflicht zurückgestellt sind. Das Zwischenkommando darf erst nach Vorlegung entsprechender Papiere die Geschleihung vornehmen.

Von der Bank Polski. Die Abteilung Posen des Verbandes der Banken in Polen deignete polnischen Blättermeldungen zu folgen als ihren Berater im Aussichtsrat der Bank Polski Dr. Kazimierz Bajowski. Direktor der Bank Przemysłowa T. A. hier. Dr. Wladyslaw Mieczkowski. Chefdirektor der Bank Bielska und Staatsverordnetenvorsteher, hat den ihm angetragenen Dreirollenposten der Bank Polski angenommen.

Neue Fernsprechnummern der Posener Messeltelefon. Von 5. April 1924 ab hat die Posener Messe neue Fernsprechnummern erhalten, und zwar die Nr. 6992, 6071, 6206. Unter diesen Nummern sind zu erreichen die Direktion, die Kasse, die Presseabteilung, die Informationsabteilung und alle anderen Unterabteilungen der Posener Messe.

Eine Pfandlotterie zugunsten der Opfer des Hochwassers in Posen und Umgegend wird am Sonntag, 18. April, vom Roten Kreuz von 11 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags auf dem Platz Wolności (fr. Wilhelmplatz) veranstaltet. Pfandspenden werden im Bureau des Roten Kreuzes in der Aleje Marcinkowskiego 24 (fr. Wilhelmstr.) entgegengenommen.

Der Wasserstand der Warthe in Posen betrug heute Mittwoch, früh 8 Uhr 334 Meter, im mitten seit dem Hochwasserstand am vorigen Mittwoch mit 637 Meter um 253 Meter gesunken. Das Wasser fällt langsam weiter. Die Temperatur betrug hier heute früh + 6 Grad Celsius.

Posener Wochenmarktpreise. Auf dem heutigen (Mittwoch)-Wochenmarkt zahlte man: für 1 Pfd. Butter 3200—3400 Mt., für die Mandel Eier 2 Millionen, 1 Pfd. Speck 1700 (0 Mt.), Schweinefleisch 1400 (0 Mt.), Kalbfleisch 1 Million, Wurstware 2 Millionen, 1 Pfd. Kartoffeln 70 000 Mt., Roastbraten 800 000 Mt., Mohrsuppen 260 (0 Mt.), rote Rüben 250 (0 Mt.), Grünkohl 500 000 Mt., Erbsen 450 000 Mt., Bohnen 600 000 Mt., Apfel 1—2½ Millionen Mt., je 1 Birne 200 (0 Mt., 1 Apfelsine 300 000 Mt., 1 Heinz 250 000 Mt., Gemüse war wenig, Süßräute waren in großen Mengen angeboten. Junger Salat, der zum ersten Male auf dem Markt erschien, kostete ein kleines Kopchen 1200 000 Mt.

Warschauer Operettengastspiel. Am Sonnabend, dem 12. und Sonntag, dem 13. April treten bekannte Warschauer Operettensänger (u. a. Ursula Redo, Altenbergs, Radene, Wincenty et. Orton) im Apollotheater auf. Zur Aufführung gelangt die dichtige Operette von K. Góber „Dolina“, die sich in Warschau einer fast hundermaligen Wiederholung ereignet. Das eigene Orchester steht unter Leitung des Kapellmeisters Stanisław Rawiota.

zur den musikal dramatischen Abend zu Ehren der russischen Musika genutzt und dem Moskauer Künstler A. Arinew im Apollotheater veranstaltet wird, sei nochmals aufmerksam gemacht.

Im Teatr Pałacowy wird seit gestern die mit Umgabild erwähnte zweite Serie von Homers „Ilias“ gegeben. In ihr sind die weiteren Episoden des Kampfes um Troja, wie z. B. der Zweikampf zwischen Achilles und Hector mit ungewöhnlicher Plastik und Kraft des dramatischen Ausdrucks dargestellt. Die Dekorationstechnische Seite feiert wahre Triomph der Vollkommenheit. Man ziehe nur den Bau des historischen hölzernen Pferdes in Betracht. — Das Stück wird bis Sonntag gespielt.

Konzert. Am Freitag findet im Saale des Evangelischen Vereins eines einziges Konzert des ruhmreichen tschechischen Sevcik-Quartets statt. Das Konzert trägt den Charakter der 100-jährigen Geburtfeier des ersten tschechischen Komponisten Friedrich Smetana, dessen allgemein bewundertes Kunstwerk „Aus meinem Leben“ zur Aufführung gelangen wird. Eintrittskarten im Vorverkauf bei M. Arct. Buchhandlung, Plac Wolności 7 (fr. Wilhelmplatz) erhältlich.

Konzert. Am Sonntag findet im großen Konzertsaale der Universität ein Konzert statt an dem teilnehmen werden: der Pianist Hermann Weilker, der Geiger Waclaw Kochanski und der Cellist Stanislaw Bilewicz. Eintrittskarten in der Buchhandlung W. Görski (Hotel Monopol).

Endlich festgestellt ist die Persönlichkeit der Frau, die am Sonntag vor 8 Tagen in der Nähe des Bahnhofs Takkovo (fr. Weizenburg) mit einer schweren Schädelverletzung tot aufgefunden wurde als diejenige der 43-jährigen Grundbesitzerin Maria Sleda aus Loventchin bei Schweinsen, die schon seit längerer Zeit sehr nervös war. Noch nicht aufgeklärt ist die Frage, ob es sich um einen Nord oder einen Selbstdrama handelt.

Syphilis verschwunden ist seit Donnerstag voriger Woche der 11jährige Schulknabe Henryk Danowski aus Klenica bei Neustadt a. W. in der Nähe von Bezug, der zweifellos die Hauptperson des in der vorigen Woche in Kurnik beim früheren Güldenbergher verübten 20-Milliardenabschlags ist. In seinem Bett wurde ein Teil der geflochtenen Verhältnisse vorgefundene. Beide ist es ihm gelungen, mit seiner Beute wieder zu entkommen. Er führte gefälschte Papiere auf den Namen Martin Szymonowitsch bei sich.

Erwacht und wieder entlaufen ist am vergangenen Sonnabend der Schwede Anton Szymborski aus Klenica bei Neustadt a. W. in der Nähe von Bezug, der zweifellos die Hauptperson des in der vorigen Woche in Kurnik beim früheren Güldenbergher verübten 20-Milliardenabschlags ist. In seinem Bett wurde ein Teil der geflochtenen Verhältnisse vorgefundene. Beide ist es ihm gelungen, mit seiner Beute wieder zu entkommen. Er führte gefälschte Papiere auf den Namen Martin Szymonowitsch bei sich.

Die Festnahme von 6 Ladendieben ist der Kriminalpolizei dieser Tage gelungen. Zugleich sind auch ihre Helfer bekannt geworden. Bei ihnen sind große Mengen Anzugs- und sonstige Stoffe, die in Posen und Umgegend gestohlen wurden, beschlagnahmt worden. Geschädigte können sich zur Bezeichnung der beschlagnahmten Stoffe pp. im Zimmer 37 der Kriminalpolizei melden.

Wegen Übertretung polizeilicher Vorschriften wurden im Monat März zur Verurteilung aufgeschrieben: 170 Hausbesitzer wegen Nachbeleuchtung der Haustüre, 14 Bäckermeister wegen Nichtbeachtung des Verbots der Nacht- bzw. Sonntagsarbeit und 42 Geschäftsführer wegen Nichtanbringung der Preise an den ausgestellten Waren.

Beschlagnahme Die Besitzende Diebesbeute. Bei einer Haussuchung im Hause S. Bojciech 6 (fr. St. Walberstrasse) wurden als vermeintlich gestohlene beschlagnahmt: ein grauer Samtamt, ein gelber Satinamt, ein schwarzes Umlegat mit Granen, 8 Paar Herrenschuhe; eine goldene Damenarmbanduhr, ein gelbes Armband mit dem eisernen Kreuz, ein vierziger weißer Metallkessel mit hermeidlichem Verschluß.

Diebstähle. Gestohlen wurden: aus dem Grundstück ul. Dąbrowskiego 88/89 (fr. Große Berliner Straße) größere Mengen Holz; aus einem Keller der ul. Gwarka 18 (fr. Viktoriastraße) 3 Säcke mit Papier und 8 Gewichtmeter Linoleum; aus einem Vorzimmers Górnego Wilna 21 (fr. Kronprinzenstraße) ein brauner Damenslederamt, ein Herren- und zwei blaue Damenslederamt, mit hermeidlichem Verschluß.

Polizeilich festgenommen wurden gestern: 9 Betrunke, 7 Dürnen, 2 Bettler, 9 Diebe, 3 geflüchtete Personen, 1 wegen Unzucht veracht.

Die Gasperi hat nach etwa achttagiger Dauer ihr Ende erreicht; seit heute früh gibt es wieder normalen Gasdruck und der inzwischen an vielen Stellen mehr oder weniger schwere Beleuchtung und Brennstoff strömt wieder in alter Weise. Damit kommt auch die Straßenbeleuchtung wieder in Gang, deren Ausfall nach immerhin sehr bemerkbar machte, da die Gasperi gerade in die Zeitwende des Neumonds fiel. — Am Freitag in tag wurde auf dem Wollmarkt der 12-jährige Janusz Panek, der mit einem anderen Knaben ein in Handwagen zog, von einem Auto überfahren und schwer verletzt. Der Unfall wurde dadurch verhindert, daß die beiden Knaben, die von der abschließenden Schwedenbergstraße herunterkamen, den Handwagen nicht zu halten vermochten, so daß der eine unter das in normaler Fahrt befindliche Lastauto geriet.

Graudenz. Gestohlen wurden: aus dem Grundstück ul. Dąbrowskiego 88/89 (fr. Große Berliner Straße) größere Mengen Holz; aus einem Keller der ul. Gwarka 18 (fr. Viktoriastraße) 3 Säcke mit Papier und 8 Gewichtmeter Linoleum; aus einem Vorzimmers Górnego Wilna 21 (fr. Kronprinzenstraße) ein brauner Damenslederamt, ein Herren- und zwei blaue Damenslederamt, mit hermeidlichem Verschluß.

Graudenz. Schon vor einiger Zeit erhielten die höheren staatlichen Schulen volle Schulgeldfreiheit. Es drängten sich infolgedessen manche Kinder zu diesen Schulen, die in früherer Zeit sie nicht besuchen konnten. Es wurden aber bald von den Schulleitern Gebühren für die verschiedenen Zwecke erhoben. Es mußte bezahlt werden für Instandsetzung der Turngeräte, für Beschaffung von Heizmaterialien usw. Neuerdings wird auch wieder das Schulgeld eingeführt. Das Mädchengymnasium (früher Lyzeum, Viktoria-Schule) erhält jetzt für das laufende Halbjahr ein solches in Höhe von 54 Millionen. Kinder von Beamten können Vergünstigungen erlangen und zahlungsfreien Eltern kann Ratenzahlung gewährt werden. — Der vom Hochwasser angerichtete Schaden läßt sich schon mehr übersehen. Es wurde u. a. dem Seebelehrer Krahn in Rudniki durch die von der Höhe herabfallenden Wassermassen die Schleuse seines rd. 800 Morgen großen Sees fortgerissen. Mit den Wasserw

Edelliköre und Spirituosen

HARTWIG KANTOROWICZ NAST.

Jubilat

Neuheiten:
Setna

Eierkrem

Oberschlesien im Bild

Durch die Trennung Oberschlesiens und infolge der Feindbesetzung unseres Industriegebietes im Westen, ist das Augenmerk des Reiches und des Auslands mehr denn je auf den deutsch verbliebenen Teil Oberschlesiens gerichtet. Deutsch-Oberschlesien ist heut die Schlagader des deutschen Wirtschaftslebens. Oberschlesische Arbeit, oberschlesischer Fleiß und oberschlesische Erzeugnisse bilden heute in der deutschen Wirtschaft eine nicht zu verkennende starke Aufbaumöglichkeit. Weiten Kreisen die Schönheiten der oberschlesischen Heimat näher zu bringen, von Land und Leuten einen getreuen Zeitspiegel zu geben, das Aufstreben der großen und kleinen Ortschaften in städtischer Hinsicht näher zu bringen, sowie von dem mannigfachen Kunstdarleben des Schuhwalls deutscher Gesinnung im Osten bildlich mitzuteilen, ist neben der Veranschaulichung des ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwungs unserer heimischen Industrie die Aufgabe der jedesmal mit großer Spannung erwarteten Beilage Oberschlesien im Bild.

Wöchentliche Unterhaltungs-Beilage des
„Oberschlesischen Wanderers“

Gleiwitz D.S.

Anzeigen vermittelt die Geschäftsstelle des Posener
Tageblattes ohne jeden Aufschlag.

Anzeigen finden bei der großen Leserzahl des Wanderers
weite Verbretlung und führen zum geschäftlichen Erfolg.
Kein Oberschlesier im Reiche verlässt, sofort den Oberschlesischen
Wanderer in Gleiwitz beim Postamt seines Wohnortes oder beim
Verlage direkt zu bestellen.

Zukaufengesucht

2 Vollgatter 450 mm. bis 700 mm.
1 Kreissäge, 1 Transmission 70—80 mm.
Riemenscheibe, 1 Schleifapparat u. Säge-
stanze.

Offeraten bitte zu senden u. 6520 a. d. Geschst. d. Bl.

Breit- dreschkasten

für Dampfbetrieb 4x7, gut erhalten, gebrauchsfähig,
Fabrik Hoben & Co. Lincoln (England), billig
zu verkaufen.

M. Fiksiński & Syn., Dom Handlowy,
Kopanica.

Achtung!

Stoffe für Anzüge, Mäntel, Bett- u.
Leib-Wäsche aus erstklassigen
Fabriken, sowie 3 Utensilien für Schneider
empfehlen.

J. Blin & P. Arndt, Poznań,
Fredry 4, 1. Stock (fr. Pauli-Fischstraße).

Tausche bis auf weiteres
Schmutzwolle zu
gewaschene Wolle

3 zu 1 Pfund
gegen prima ausländische Wolle.
Webebaumwolle in allen Stärken

„TEKSTYL“, Poznań

Kantaka 6 (Ecke sw. Marcin)
Telephon 3090. Telephon 3090.

Achten Sie bitte genau auf die Firma!

Ausdrucken!

Ausdrucken!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat April 1924

Name
Wohnort
Postamt
Straße

Oster-Geschenke

Przemysławka Eau de Cologne
für Kenner

Halka
Chypre
Róża Polska

moderne
H. Estrail's.

Puder Miasor und Maryla
hygienisch, unsichtbar.

Vor Nachahmungen wird gewarnt.
Henryk Żak, Poznań
Fabrik seiner Parfümerien.



Haare
wie sämtliche
Haarsstückteile
laufen man am besten
en gros u. en détail
bei
St. Wenzlik,
Poznań,
Alje Marekowskiego 18.

Junge Budel (6 Wochen alt),
Rasselliere
(Strombaum), so oft zu ver-
kaufen. Poznań, Waly
Waszow 3 a pl. (Rödingstrasse).
3—4 Uhr nachmittags. (6522)



Schreibmaschine

Besondere Vorzüge:
Lautloser Wagenrückgang
Stabile Konstruktion
Solides Aussehen
deutsch-polnische Tastatur
sofort lieferbar franko Haus.

E. W. RICHTER
Büromaschinengroßhandlung
Danzig, Hundegasse 91/92.

Für Aussteller

in Handel und Industrie!

so

Sämtliche
Geschäfts-Empfehlungen

zur bevorstehenden

**Posener
Muster-Messe**

finden weiteste Verbreitung
und haben

durchgreifenden Erfolg
in dem am meisten gelesenen
Posener Tageblatt.

Wer vermittelt

den Kauf oder die Pachtung eines

Gutes

von ca. 1000—2000 Morgen, bei entsprechender Ver-
gütung? Nur Vermieter, welche hierzu nachweislich in
der Lage sind, wollen erforderliche Angaben unter a. 6545
an die Geschäftsstelle dieses Blattes richten.

Restgut 200—400 Morgen

als Nutzbiß für älteren Landwirt mit gutem
seuem Wohn- und Gefindehaus, möglichst
am Wasser mit Hubertar sofort über per
1. 7. 1924 zu kaufen gejucht. Neinen-
Aner- u. Liquidationsobjekte sowie Vermittler
ausgeschlossen. Nähe von Poznań bevorzugt.
Offeraten unter 6547 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Zur Neuverarbeitung und
Umgestaltung von
Parks, Gärten, Obst-
plantagen,
Beratung, Pflege, Beseiterung empfiehlt sich
O. THOM, Poznań,
ul. Gliogowska 109. (6543)

Speisekartoffeln

nur Waggonladungen, vorzugs-
weise gelbfleischige Ware
kaufen zu höchsten Tagespreisen

Osteuropäisches Handelshaus

Kozłowski & Brusch, Poznań, ul. Mickiewicza 28.
Telephon 33-47. Telegramme: Ostropa

8 Zentner gesunden, reifen
Möhrensaamen
„Griewener Karotten“
aus letzter Ernte zu verkaufen.
Gutsbesitzer H. Welke, Mechow b. Gdynia. (6542)